

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal **Mk. 1.50.**

### Inhalt:

	Seite		Seite
<b>Der Nationalitätenstreit und die Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich</b> . . . . .	257	<b>Kongresse.</b> Sechster Verbandstag der Glaser Deutschlands. — Sechste Generalversammlung des Verbandes der Bergolder Deutschlands. — Zweiter Verbandstag des Verbandes der Wäschebranche . . . . .	267
<b>Wirtschaftliche Rundschau</b> . . . . .	261	<b>Lohnbewegungen.</b> Streiks und Aussperrungen in Deutschland . . . . .	271
<b>Soziales.</b> Die Berliner Heimarbeit-Ausstellung und das Ausland . . . . .	262	<b>Polizei, Justiz.</b> Eine Säbelmeßerei in Breslau . . . . .	271
<b>Arbeiterbewegung.</b> Parteipresse und Gewerkschaften. — Ein Jubiläum der Metallarbeiterzeitung. — Aus den deutschen Gewerkschaften . . . . .	262	<b>Mitteilungen.</b> Agitationskommission für Nordbayern . . . . .	272

### Der Nationalitätenstreik und die Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich.

Um die praktische Bedeutung des österreichischen Nationalitätenstreites für die Gewerkschaften kennen zu lernen, muß man einem Fachkongreß beiwohnen, auf welchem der Streit aus der staatsrechtlichen Theorie in die wirtschaftspolitische Praxis überführt wird. Ein solcher Fachkongreß war der zu Ostern in Wien tagende Unionstag der Bergarbeiter Oesterreichs; um so mehr, als weit über die Hälfte der österreichischen Bergarbeiter slavischer Nationalität ist, vorwiegend Tschechen, in der Minderheit Deutsche. Die ersten Organisationsbestrebungen der Bergarbeiter Oesterreichs sind vorwiegend von Deutschen ausgegangen, und auch die tschechoslawischen Bergarbeiterorganisatoren der älteren Jahrgänge sind alles andere, nur nicht Nationalitätsfanatiker. Was die Intelligenz anlangt, so kann man nicht sagen, daß die deutschen Bergarbeiterorganisatoren den tschechischen überlegen wären. Zweifellos ist aber die Masse der Arbeiter in den deutsch-österreichischen Alpenländern und in Deutschböhmen schon auf ein höheres geistiges Niveau gestiegen wie die Massen in den slavischen Sprachgebieten. Das hat meines Erachtens weniger zu tun mit einer allgemeinen geistigen Ueberlegenheit dieser oder jener Nationalitätengruppe als mit einer besonders großen Vernachlässigung der geistigen Ausbildung des slavischen Volksteiles seitens der Herrschenden. Ich habe an den Tschechen und Polen Eigenschaften schätzen gelernt, die ich den Deutschen wünsche; andererseits haben wieder die letzteren besondere Vorzüge. Sei dem wie ihm sei, jedenfalls hat es die Geschichte der österreichischen Bergarbeiterbewegung mit sich gebracht, daß ihre bekanntesten Organisatoren nicht mit den Bestrebungen der tschechoslawischen Gewerk-

schaftskommission in Prag sympathisieren, sondern sich zur Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs (Sitz Wien) halten.

Bergegenwärtigt man sich, daß von den rund 150 000 Bergarbeitern Oesterreichs vielleicht ein Drittel in deutschen Sprachgebieten wohnt, alle übrigen in tschechischen, polnischen und slovenischen, so kann man verstehen, warum die Prager Kommission sich gerade den Bergarbeiterkongreß aussuchte zum Kampfplatz gegen die zentrale Reichskommission. Auch die Organisationsverhältnisse der Bergleute liegen für die Prager sehr günstig; eine ganz enorme Zunahme der Mitglieder gerade in den tschechischen Sprachgebieten, im hauptsächlich deutschsprachigen Falkenau-Elbogener Revier eine furchtbar zerstörende Zersplitterungsarbeit „freier Sozialisten“ gegen die Zentralorganisation. Die heutige „Union der Bergleute Oesterreichs“ ist Ostern 1903 in Turn-Teplitz unter schweren Geburtswehen geründet worden gegen lokalistische und nationalistische Unterströmungen. Der frühere „Zentralverband“ war im großen Streik 1900 zusammengebrochen, wie uns erklärt wurde: weil der Streik nicht rechtzeitig abgebrochen worden sei! Als am 1. Oktober 1903 die jetzige „Union“ in Funktion trat, schlossen sich ihr 5997 Mitglieder früherer Lokal- und Reviervereine an. Nach Jahresfrist waren es 11 531 Mitglieder, der Nationalität nach 3171 Deutsche, 3561 Tschechen, 2182 Polen, 1874 Slovenen und 653 Italiener. Also schon damals befanden sich die Deutschen in großer Minderheit; in der Folge wurde für sie das Verhältnis noch ungünstiger.

Die Bergarbeiterunion zählte Mitglieder am 1. Januar 1905: 12 172, am 31. Dezember 1905: 17 749, am 31. März 1906: 30 147. Wo wohnten sie? Die Reviere Falkenau Elbogen und Obere Alpenländer (Steiermark, Salzburg, Tirol) kann

Das sind Ausführungen eines Gewerkschaftsführers auf einer Gewerkschaftskonferenz. Queber rief dazwischen: „Aber das ist doch keine gewerkschaftliche Angelegenheit!“ Sehr richtig, jedoch wie kommt Nemeč, der gewiß eine Intelligenz ist, zu seinen ungewerkschaftlichen Argumenten? Er kommt ganz logisch dazu infolge einer Eigentümlichkeit der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, auf die uns schon oft unsere Kurpolitiker in Deutschland als vorbildlich verwiesen haben! Nemeč führte aus:

„Unsere politische und gewerkschaftliche Organisation sind ein Ganzes, zwei Armeen, die aber dasselbe Ziel und in einer Richtung kämpfen. Und jetzt soll das bei uns anders werden. (1) Die politische Organisation sollen die tschechischen Arbeiter allein leiten, die gewerkschaftliche Organisation aber sollen sie den deutschen (1) Genossen in die Hände geben, die — gleichgültig, ob absichtlich oder unabsichtlich — damit Germanisation treiben. Der ganzen tschechischen Gewerkschaftsbewegung wurde ein deutscher Charakter aufgedrückt. Dagegen müssen wir uns wehren, weil sonst die Gewerkschaften nicht eine Stärkung unserer politischen Bewegung wären. . . . Für uns sind die gewerkschaftlichen Organisationen mehr als für Euch. Uns sind sie das Rückgrat der politischen Bewegung. . . und wir sollten dulden (1), daß diese gewerkschaftlichen Organisationen von anderen geleitet werden?“

Da haben wir den Kern der Sache! Nemeč ist kein bürgerlicher Politiker, sondern einer der ältesten Führer der Sozialdemokratie in Böhmen. Aber Nemeč ist der exponierte politische Parteiführer, der genötigt sein mag, auch als Sozialist eine Taktik zu befolgen, die seine Partei gegenüber den von bürgerlichen Parteien angefochtenen wüsten Nationalitätenstreit salbiert. Das zu untersuchen ist hier nicht angebracht. Als Parteipolitiker in führender Stellung sucht Nemeč die Decentralisation, die aus nationalen Gründen innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie durchgeführt ist — auch wohl durchgeführt werden mußte —, auch auf die Gewerkschaftsorganisation zu übertragen. Seine Gedankenfolge ist logisch angepaßt den österreichischen Organisationsverhältnissen. Dort sind Gewerkschafts- und Parteibewegung tatsächlich „ein Ganzes“, deswegen reklamiert Nemeč die tschechoslawischen Gewerkschaftler für die tschechoslawische Parteigruppe. Die ihm entgegengetreten, wollen aber ebenfalls von einer parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften nichts wissen. Auch den Gegnern der Nationalisierung der Gewerkschaften erscheint eine Neutralität der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen gegenüber den parteipolitischen Gruppen als „Schädigung der Bewegung“. Wien ist aber nun einmal für die slawischen Oesterreicher die „internationalisierende“ Centralstelle, das ist ein Leitmotiv der slawischen Politiker. Die Arbeiter sind nicht hermetisch abgeschlossen von dem Nationalitätenstreit, im Gegenteil, er tritt täglich in der Presse, in Versammlungen, in der Werkstatt an die Proletarier heran. Die sozialdemokratische Partei hat sich dem schon akkommodiert, indem sie nationale Untergruppen organisierte. Infolgedessen war, bei dem bekannten

Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft in Oesterreich, das Verlangen nach nationaler Gruppierung auch der Gewerkschaftsmitglieder nur noch eine Frage der Zeit. Zufällig persönliche Zwiste mußten die Diskussion persönlich verschärfen, was vielleicht sonst sich sachlich abwickelte, spitzte sich nun zu in leidenschaftlichen Debatten, wobei hüben und drüben heftige persönliche Beschuldigungen hageln. Während hier manchmal harmlose, jedenfalls aber aus dem allgemeinen österreichischen Nationalitätenstüddelmuddel verständliche Neußerungen tschechoslawischer Gewerkschafts- und Parteipolitiker als „bürgerliche Gesinnung“ bekämpft werden, erklärt die tschechoslawische Gewerkschaftskommission, die Wiener Reichskommission betrachte „als ihre erste Aufgabe die gewalttätige Germanisierung der tschechischen Arbeiter“ (Brief an Legien vom 4. Mai 1905). Ich habe in Wien den Eindruck gewonnen, daß es vielleicht erst zu einer Verständigung der Streitenden kommt, nachdem der Gewerkschaftsbewegung schlimme Schläge versetzt worden sind!

Nemeč erklärte in Amsterdam auf der internationalen Konferenz der Landessekretäre, wegen des engen Zusammenhanges, der in Böhmen zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation bestehe, sei „auch eine besondere gewerkschaftliche Centrale anzuerkennen“.

Doch besteht dieser Zusammenhang auch in anderen österreichischen Kronländern. Was tschechischerseits von der Gewerkschaft verlangt wird, können auch Polen, Slovenen, Italiener, Kroaten fordern. In ihrem schon citierten Brief an Legien sagt die tschechoslawische Kommission, wenn sie nicht als besondere Centrale anerkannt würde, müßte sie das „als nationale Ge...igkeit aufzufassen und aus sich em die äußersten Konsequenzen ziehen!“ Das ist deutlich genug. Genau so können auch die österreichischen Polen, Slovenen und Italiener gewerkschaftliche Autonomie fordern und im Weigerungsfalle absentieren. Das bedeutete natürlich die vollständige Zerreißung der Gewerkschaften!

Aus diesen Vorgängen ziehe ich den Schluß, daß die Gewerkschaften, weil Berufsorganisationen, sich auf kein parteipolitisches Programm verpflichten dürfen. Die politische Partei bedarf keiner so straffen centralen Kampforganisation, wie die Gewerkschaft sein muß, will sie ihre wirtschaftlichen Zwecke — und die sind doch wohl für die Gewerkschaft vorzüglich maßgebend — erreichen. Eine politische Partei ist viel elastischer in ihrer Verfassung wie die Gewerkschaft, kann deshalb sich ohne Gefahr den Volksströmungen anpassen. Die Gewerkschaft darf aber keine Armee für Parteiführer sein, sie muß beschließen, was dem Lohnarbeiter als Lohnarbeiter entspricht, gleichgültig welcher Nation, welcher Konfession oder Partei das Mitglied angehört. Zudem in Oesterreich — man lese Nemeč — die Gewerkschaften zur Stützung einer, wenn auch sozialistischen, so doch separatistisch-nationalistischen Tagespolitik verwendet werden sollen, ist das Gewerkschaftsprinzip verleugnet, macht man dasselbe wie in Deutschland die Alerikalen mit ihren „christlichen“ Gewerksvereinen.

Der Bergarbeitertag nahm zwar mit großer Majorität den Antrag Queber an. Aber das

man am ehesten als reindeutsche Sprachgebiete ansprechen (auch hier arbeiten Slaven), dort wohnten nur 2933 Unionsmitglieder! Wenn wir überhaupt 5000 deutsche Unionsmitglieder annehmen, so ist das gewiß reichlich. Jedenfalls sind die Tschechen in der Union jetzt dreimal so stark wie die Deutschen. Aus den Alpenländern sind viele Tausend deutsch-österreichische Bergarbeiter nach dem Ruhrrevier ausgewandert, größtenteils verlockt von Werksagenten. An die Stelle der Ausgewanderten traten Slowenen, die betreffenden Reviere werden slavisiert. (Auch ein Streiflicht auf die „national-alldeutsche“ Politik der reichsdeutschen Unternehmer!) Im vorherrschend deutschen Teil Böhmens treiben die „freien Sozialisten“ ihr Unwesen, bekämpfen die Union mit Schlagworten, die eine verzweifelte Nehlischkeit mit unseren Friedebergiaden haben. Die Folge ist fast völliges Brachliegen der dortigen Organisation. Also waren alle Umstände sehr geeignet, die Prager zu bewegen, auf dem Bergarbeitertag zu versuchen, was ihnen auf den allgemeinen Gewerkschaftskongressen nicht gelang.

Was wollen die Prager? Statula, der Vertreter der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission, beantragte, die von den Bergarbeitern geleiteten Kommissionsbeiträge sollten zukünftig von der Unionsleitung bzw. den Ortsgruppen direkt nach Prag abgeführt werden, soweit tschechische Mitglieder in Betracht kämen. Bisher hatte der Unionsvorstand die Generalkommissionsbeiträge für sämtliche Mitglieder an die Reichskommission (Wien) abgeführt, diese hatte den auf die tschechischen Mitglieder in Böhmen entfallenden Anteil dann der Prager Kommission überwiesen. Dem Fernerstehenden wird der Antrag Statula nur als Formsache erscheinen, aber, wie Hueber, der Vertreter der Reichskommission, begründete, wäre der Antrag angenommen worden, so hätte die Prager Kommission den Charakter einer autonomen Centralkommission der Gewerkschaftsmitglieder tschechischer Zunge erhalten, es bestanden dann zwei autonome Centralgewerkschaftskommissionen für Oesterreich, die „nationale Gewerkschaft“ war etabliert, die gewerkschaftliche Einheit zerrissen! Führt die Bergarbeiterunion für ihre tschechoslawischen Mitglieder die Beiträge direkt nach Prag ab, so verloren mindestens zwei Drittel der Unionsmitglieder Sitz und Stimme auf dem (von der Reichskommission einzuberufenden) Allgemeinen Gewerkschaftskongress; eine der wichtigsten Berufsorganisationen stand abseits von dem Gros der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Dieser Separation wären weitere gefolgt. Eine unheilvolle Decentralisation der Gewerkschaftsmitglieder Oesterreichs nach „nationalen“ und sprachlichen Gesichtspunkten. Deshalb hatte der Bergarbeiterunionstag eine spezielle, große Bedeutung für die ganze österreichische Gewerkschaftsbewegung. Sehr begreiflich deshalb auch der Eifer, mit dem beiderseits diskutiert wurde; manchmal ging es sehr leidenschaftlich zu.

Für den Gewerkschaftler kann nur fraglich sein, wie die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter sich entwickelt. Der Gewerkschaftler hat weder nationale, noch antinationale Politik zu treiben, er hat weder über das Geschick der tschechischen, noch der deutschen oder polnischen Sprachgruppe zu entscheiden, sondern uns ist der Arbeiter eben Arbeiter, dessen einheitliche gewerkschaftliche Organisation unabweisbare Notwendigkeit ist. Verlangt die sprachliche Verschieden-

heit eine entsprechende Berücksichtigung in der Agitation, ohne weiteres muß dem so viel wie möglich entsprochen werden, ohne die Centralorganisation zu stören. Den Standpunkt vertrat auch Hueber. Die Reichskommission befürwortet die finanzielle Unterstützung der Prager Kommission, damit sie unter den böhmischen Tschechen für die einheitliche Gewerkschaft agitieren und organisieren kann. Aber die Prager Kommission will eine völlig autonome Körperschaft sein, sie will als zweite Centrale für Oesterreich Sitz und Stimme auf den internationalen Gewerkschaftskonferenzen haben, über welchen Anspruch die Amsterdamer Konferenz bekanntlich ein verneinendes Votum gefällt hat. Sieht man genauer zu, so entdeckt man, daß die Prager Kommission ihren Anspruch begründet mit Argumenten, die absolut mit der Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun haben! Und das veranlaßt mich, die Nationalitätenfrage aus Gründen zu besprechen, die ich durchaus nicht verberge.

Befragt, weshalb sie denn nicht einverstanden seien mit dem Antrag Hueber, der doch den Pragern in finanzieller Hinsicht gerecht würde, erklärten mir Wortführer der Prager Kommission, die Wiener kämen den nationalen Bedürfnissen der Tschechen nicht entgegen! Auf meine Frage, was denn die Nationalität mit der Gewerkschaftsorganisation zu tun habe, erhielt ich die Antwort: „Unsere nationalen Rechte werden verletzt von der Centrale!“ Ein anderer Prager Vertreter argumentierte: der Sozialismus wolle die Nationalität nicht ertönen, aber die Centralkommission in Wien tue das durch ihre „Uniformierung“!

Indessen, lassen wir den markantesten Vertreter der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission selbst seinen Standpunkt präzisieren. Die Nationalitäten-debatte auf dem Bergarbeitertag war eine Fortsetzung der großzügigeren Diskussionen auf der Gewerkschaftskonferenz in Brünn (18. Oktober 1905) und auf dem außerordentlichen Kongress der Gewerkschaften Oesterreichs (8., 9., 10. Dezember 1905) in Wien. In Brünn beschwerte sich Remec-Prag darüber, daß in der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik der Reichskommission nicht auch angegeben wäre, wieviel Tschechen und andere Slaven organisiert seien! Nach außen hin erscheine dadurch die österreichische Gewerkschaftsbewegung als eine deutsche! Die Tschechen könnten sich das nicht gefallen lassen, sie wollten auch im Auslande gesehen werden! — Man fragt sich immer wieder: was hat das alles mit der Gewerkschaft, der Berufsorganisation zu tun?

Remec sagt weiter:

„Wir sind für Centralismus. . . . Aber wir wollen, daß unsere Stärke, daß die Ziffern unserer Organisation draußen bekannt werden, daß dem, was ist, nach außen Ausdruck verliehen werde. Nun werft Ihr uns vor, daß wir da auf bürgerlichem Standpunkt stehen. Die deutschen Genossen sind in einer anderen Lage wie wir. Ihr habt keine sprachlichen Schwierigkeiten, die deutschen Arbeiter haben überall ihre Schulen (!), für ihre Nation (!) ist überall vorgesorgt. Der deutsche Arbeiter ist national (!) statuiert, er hat nicht die Sorgen (!), die wir haben. Bedenkt, daß es in Brünn keine tschechische Bürgerschule (!) gibt!“

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Gute Beschäftigung bei Steigerung der Rohmaterialienpreise: in den Textilindustrien, in den Montangewerben und anderen Industrien. — Der Leihkapitalmarkt und San Francisco.**

Die Unternehmerpresse scheint das heuchlerische Spiel allmählich aufzugeben: durch den Hinweis auf den 1. März und die fürchterliche — und noch dazu selbstgewollte — kapitalistische Bedrängnis unter dem neuen Zollregime die Arbeiter irre zu führen und von Lohnbewegungen abzuschrecken, weil die „rückläufige Konjunktur“ schon in voller Stärke gekommen und deshalb jede Hoffnung auf weitere Lohnerrfolge preiszugeben sei. Das ökonomisch gute Wetter ist zu augenscheinlich, als daß man an dieser verlogenen Taktik beliebig festhalten könnte.

Greifen wir die Textilindustrien heraus, so war die fortgesetzte Aufwärtsbewegung — nicht nur in Deutschland, sondern international allgemein — eine so rege, daß die Beschaffung des Rohmaterials mehr und mehr Sorgen bereitet. In erster Linie gilt das von der Leinenindustrie, in der die Nachfrage nach dem Rohstoff selten so nachdrücklich überwogen haben wird. Die deutschen Wollen werden sehr hoch bezahlt, weil sie, was bessere Waren anbelangt, vielfach unentbehrlich für die Fabrikation sind. Doch mag man hier dem Rohstoff-Produktionsrückgang die Preissteigerung zuschreiben. Anders bei den überseeischen Wollen, deren hohe Notierung gleichfalls anhält, obwohl die Schur in Australien gut und reichlich ausgefallen sein soll und die Parfiers in der Betonung dieses Umstandes nicht locker lassen, um eine Abbröckelung der Preise zu erzielen. „Die Londoner Wollauktion“ — lasen wir vor einigen Tagen in einem fachmännischen Bericht — „schloß ungemein fest, ebenso wissen die Berichte von den belgischen, französischen und englischen Wollmärkten von flottestem Verkehr bei stetig steigenden Preisen für alle Wollsorten, für Kammszüge und nicht minder für Kammlinge und Wollabfälle zu melden. Wollumpen und Kunstwollen weisen gleichfalls wesentlich höhere Preise auf.“ Selbst der jetzige Uebergang von einer Saison zur anderen, der mit seinen Bestandsaufnahmen, Geschäftsabwicklungen und Neumusterungen stets einen gewissen Stillstand bringt, ändert das günstige Bild nicht. Vor allem scheint das Tuchgewerbe flott beschäftigt in der Provinz Brandenburg, in der Lausitz und den Rheinlanden, im Königreich Sachsen; nicht einmal der Auslandsabsatz soll hier, nach dem 1. März, den fälligen zeitweisen Rückschlag, nach vorheriger Ueberausfuhr, erlitten haben. Am meisten scheint die letzterwähnte Erwartung noch in der Wirkwarenbranche eingetroffen zu sein, bei der einzelne Zweige überaus stark am Export interessiert sind und wo ferner der Vorexport nach Amerika, in Befürchtung eines Zollkrieges, äußerst gewichtig in die Waagschale fiel, bis das handelspolitische Provisorium Klarheit über die nächsten Monate brachte. Im großen und ganzen wird man von den Wollgewerben sagen können, daß eine größere Ruhe höchstens da zu bemerken ist, wo die höheren Preisforderungen der Fabrikanten, die sich wiederum auf die gestiegenen Rohstoffpreise stützen, die Abnehmer vorläufig noch zum Abwarten veranlaßt. Aber in dieser Weise spielt sich doch keine dauernd „rückläufige Konjunktur“ ab! Ziemlich schlecht lauten allerdings die Mitteilungen aus der Wand- und Leinenindustrie des Wuppertales und aus der erzgebirgischen Posamentenindustrie — zwei Gewerbezweige,

die stets, oft bloß infolge wechselnder Modelaunen, großen Schwankungen unterworfen waren; für den Auslandsmarkt beklagen sie zudem die noch billigere österreichische Konkurrenz. — Die Baumwollindustrie macht in England wieder eine Rekordzeit durch, was natürlich die Unternehmer auch dort nicht hindert, ihre Absatzverlegenheiten grau in grau zu malen, um die Erhöhung der Grundlagen der kollektiven Lohnverträge, wenigstens in dem geforderten Maße, zu verhindern.

Auch unsere großen Montangewerbe haben keine Ursache zu klagen.

In dem eben erstatteten Geschäftsbericht des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats wird der Verlauf des Märzgeschäftes als „recht befriedigend“ bezeichnet. Der rechnungsmäßige Absatz betrug arbeitstäglich 219 717 Tonnen gleich 86,58 Proz. der Beteiligung und hat damit die höchste Ziffer des Vorjahres, die im Dezember mit arbeitstäglich 211 943 Tonnen gleich 83,35 Proz. der Beteiligung erzielt wurde, ganz erheblich überholt. In Köln wurden 92,71, in Briffetts 88,77 Proz. der Beteiligung abgesetzt. Dabei kamen im März, wie der Syndikatsbericht ausdrücklich betonen zu müssen glaubt, die Mehrlieferungen nach Frankreich, als Gegenwirkung gegen die dortigen Produktionsausfälle durch den Streik, noch nicht sonderlich in Frage, aus dem einfachen Grunde, weil wohl der Beginn des Monats nach den Anspannungen des Januar und Februar eine gewisse Ermattung gebracht hatte, nicht aber der letzte Teil der Märzperiode, während dessen „schließlich die Befriedigung aller Anforderungen auf Schwierigkeiten stieß“. Anscheinend hat dieser besondere Beutezug des Syndikats also erst im April stärker eingesetzt.

In der letzten Beiratsitzung des Stahlwerksverbandes, am 19. April, wurden „mit Rücksicht auf die außerordentlich starken Arbeitsmengen“ die Beteiligungsziffern für Stabeisen, Bleche und Röhren um je  $4\frac{1}{2}$  Proz., für Walzdraht um  $5\frac{1}{2}$  Proz. erhöht. Aus dem Bericht des Vorstandes ist nach den Zeitungsmittellungen folgendes über die Marktlage zu erwhänen: Die Verbandswerke sind in Halbzeug, Eisenbahnmateriale und Formeisen sehr stark beschäftigt und müssen zur Bewältigung der vorliegenden Arbeit ihre ganze Leistungsfähigkeit in Anspruch nehmen. Der Absatz im März überschreitet in allen drei Produkten die höchste bis jetzt dagewesene monatliche Versandziffer. Das Inlandsgeschäft in Halbzeug ist andauernd günstig. Nachdem der Verkauf für das dritte Quartal zu den bisherigen Preisen Ende vorigen Jahres freigegeben ist, ist bereits ein großer Teil des Bedarfs für diesen Zeitraum eingedeckt. Vom Auslande, wo in letzter Zeit etwas Ruhe im Geschäft herrschte, laufen neuerdings wieder Anfragen ein, und zwar für Lieferungen bis in das vierte Quartal. In Eisenbahnmateriale ist der Bestand an Aufträgen sehr umfangreich. Das Inlandsgeschäft in Formeisen entwickelt sich sehr gut. Der Eingang an Spezifikationen ist zurzeit recht lebhaft. Für das zweite Quartal ist der Bedarf in der Hauptsache gedeckt. Der am 1. April vorliegende Auftragsbestand sichert den Werken volle Beschäftigung für diesen Zeitraum. Das Auslandsgeschäft in Formeisen war zufriedenstellend. In der Tätigkeit neuer Abschlüsse tritt zurzeit etwas Ruhe ein, da der Bedarf für das erste Halbjahr im allgemeinen gedeckt ist. „Der Abruf ist sehr bedeutend, woraus zu schließen ist, daß ein Nachlassen des Bedarfs nicht

war nur möglich, weil die Mitglieder-majorität sich innerhalb Jahresfrist nach den Revieren Mährisch-Osttrau und Karwin verschoben hat und deren Delegierten, obgleich meistens Tschechen, gegen Statula stimmten. Mir erscheint diese Abstimmung aber nur als eine Zufälligkeit, herbeigeführt durch den Umstand, daß die Wortführer der dortigen Tschechen selbst die Unmöglichkeit nationaler Separation der Gewerkschaft praktisch erfahren. Dort gibt es nämlich eine sehr starke Polen-gruppe. Teilung nach Nationalität würde in Mährisch-Osttrau-Karwin direkt vernichtende Zersplitterung bedeuten und die Reviere stehen vielleicht kurz vor einem großen Streit. Wer weiß, ob nicht später die Separationsbestrebungen einen besseren Boden finden auch bei den mährischen Tschechen, sodann wäre das der Zusammenbruch der Bergarbeiterunion! Die politisierenden Separatisten lassen nicht nach. Nachdem der Antrag Statula gefallen, gaben die nordwestböh-mischen Delegierten eine Protesterklärung ab, worin sie behaupten, ihre Nationalität sei ver-gewaltigt und sie würden zu Hause noch separat über ihr Verhältnis zur Generalkommission beschließen! Ein nicht zur Separationsgruppe gehörender Delegierter rief aus: Die- sen Streit haben uns die Politiker in der Union gebracht, die gar keine Arbeiter sind! Demselben Gedanken gab auch ein anderer Delegierter Ausdruck der Arbeitel auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress, als er sagte:

„Als Politiker, nicht als Gewerkschaftler sind Sie für nationale Organisationen. Das erste Lösungswort zu diesem Kampfe ist auch nicht von den Fachblättern, sondern vom „Prava Lidu“ (tschechisches Parteiorgan in Prag) ausgegeben worden. Es ist ein Projekt der Parteipolitiker, nicht der Gewerkschafter, und es sieht auch ganz danach aus.“

Daß die gekennzeichneten Parteipolitiker die Gewerkschaften in eine so schwere innere Krise bringen konnten, ist nur möglich gewesen durch diejenige „Einheit von Partei und Gewerkschaft“ in Oesterreich, die uns in Deutschland auch von Nurpolitikern als vorbildlich empfohlen wird. Wenn wir uns in der reichsdeutschen Gewerkschaftsbewegung umsehen, so entdecken wir auch hier, daß innerhalb der Lohnarbeiterklasse desselben Berufes Zwistigkeiten herrschen, nicht hinsichtlich Berufsfragen, sondern weil Parteipolitiker der entgegengesetzten Richtungen in das Gewerkschaftslager parteipolitische Differenzen hinüberlentten. Sobald der Bergarbeiterunionstag sich beruflichen Angelegenheiten (Berginspektion, Anapptschaftsklassen) zuwendete, war solida-risches Einbernehmen vorhanden.

Ich bin von Wien zurückgekehrt ungemein befestigt in meiner Anschauung: die parteipolitische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung fährt am besten, wenn sich die Gewerkschaften parteipolitisch neutral verhalten, was durchaus nicht gleichbedeutend ist mit der blöden Nurgewerkschaftlerei.

Es ist aber auch interessant, daß unsere österreichischen Kampfesgenossen sehr wohl empfinden, wollen sie die Gewerkschaften vor der nationalistischen Zerrüttung bewahren, sie bei der Diskussion alles Ungewerkschaftliche ausschließen müssen, um zu allen Lohn-

arbeitern zuzugenden Beschlüssen zu kommen! In Brünn wie jetzt auf dem Bergarbeiter-tag rief unser Freund Hueber den parteidoktrinären Tschechoslawen zu: „Was Sie vorbringen, ist gar nicht gewerkschaftlich! Da mit haben die Gewerkschaften nichts zu tun! Daß es nicht sozialdemokratisch war, was die Redner vorbrachten, konnte Hueber nicht sagen. Eben deswegen fühlten sich seine Gegner auch berechtigt, den Gewerkschaftstag zum Austragen parteipolitischer nationalistischer Differenzen zu mißbrauchen.“

Kein geringerer wie Viktor Adler, der anerkannte Führer der Sozialdemokratie Oesterreichs, wies auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress in Wien den Delegierten den Weg aus der nationalistisch-gewerkschaftlichen Sackgasse. Adler sagte in seiner Begrüßungsrede:

„Die politische Partei, für die ich hier spreche hat auf diesem Kongress keine besonderen Ziele und keine besonderen Interessen. Die Gewerkschaften müssen hier ausschließlich nach gewerkschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden. Ich würde meine Aufgabe schlecht genügen, wenn ich Ihnen auch nur mit einem Worte irgend ein Interesse der sozialdemokratischen Partei als etwas hinstellen würde, was Sie zu berücksichtigen haben. Sie haben ausschließlich nach den Interessen der gewerkschaftlichen Organisation zu handeln.“

Das sind merkwürdige Worte! Vor die Aufgabe gestellt, die Einheit der Gewerkschaften zu sichern empfiehlt Viktor Adler dem Gewerkschaftskongress (in Oesterreich!) völlige parteipolitische Neutralität! Niemand hat ein sozialistisches Politiker so nachdrücklich den Gewerkschaften die parteipolitische Unabhängigkeit empfohlen wie Viktor Adler, als es galt, die wirtschaftliche Arbeiterorganisation vor Zerreißung zu bewahren! Adler ist nicht der Mann plötzlicher Politik, sondern der scharfblickende, kühl überlegende Steuermann. Wenn ein solcher Mann den Gewerkschaften seines Landes einen Bruch mit der bisherigen Taktikanrät — und das hat er getan —, dann muß die Situation sehr ernst sein. Und daß in solcher Lage ein Viktor Adler seinen Genossen die von unseren Nurpolitikern vielkritisierte gewerkschaftliche Neutralität in ihrer weitgehendsten Form empfiehlt, ist eine Genugtuung für unsere Kollegen, die in Köln lange nicht so weit gingen wie Viktor Adler in Wien und doch des „Parteierrats“ bezichtigt worden sind. Was für eine politische Partei paßt, kann der Gewerkschaftsverderberblick werden, das sehen wir nun in Oesterreich.

Aber auch da stimme ich Adler zu, wo er weiter ausführte: Beschlüsse, die der Gewerkschaftskongress im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder fassen könnten nur zur Stärkung auch der parteipolitischen Arbeiterbewegung führen. Sind die Gewerkschaften, wie Remec sagt, das Rückgrat der politischen Partei, dann muß der nationalistisch-separatistische Bohrwurm mit den Gewerkschaften auch die politische Partei schädigen. Darum kann die Krise in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung nur endgültig überwunden werden, wenn man dort dem Räte Viktor Adler folgt, das heißt Gewerkschaftspolitik als Gewerkschaftler treibt, ohne deshalb der Nurgewerkschaftlerei Konzessionen zu machen.

Otto Hueber

Der Kampf gegen jenes Uebel ist durchaus nichts Neues, er hat stets eine wichtige Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie gebildet, seit den Tagen, wo englische Gewerkschaftsbeamte sich mit den Anarchisten aller Länder gegen Karl Marx verschworen, um die Internationale zu ruinieren.

Neu in unserer Bewegung, ja geradezu unerhört ist es aber, wenn Kampfgenossen gegen einen Vorkämpfer des proletarischen Klassenkampfes nicht nur ebenso sinnlose wie leichtfertige Verdächtigungen schleudern, sondern auch dazu gerade jenen Zeitpunkt für den geeignetsten erachten, wo die Henker aller Freiheit diesen Vorkämpfer wegen seiner unermüdblichen Arbeit im Dienste des Proletariats gefesselt und wehrlos gemacht haben. Selbst unter unseren bürgerlichen Gegnern vermieden es wenigstens die anständigeren — allerdings sind das nicht viele —, jetzt die Genossin Luxemburg anzugreifen. Es sind die infamsten und schamlosesten Preßhündler des Kapitalismus und Junkertums, mit denen bei diesem würdigen Geschäft ein gewerkschaftliches Organ Hand in Hand geht.

R. Kautsky.

Ungeheuerliches muß geschehen sein — nimmt wenigstens jeder Unbefangene an —, wenn der als erster Theoretiker der Partei geltende Genosse Kautsky sich einer solchen Tonart befleißigt. Oder ist Schimpfbedürfnis das Ergebnis akademischer Bildung? Wenn ja, dann wissen wir doppelt das Glück zu würdigen, daß wir akademisch gebildete Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung noch nicht tätig haben, und hoffentlich auch nie zur Leitung und Führung der Gewerkschaften brauchen werden. Unsere Gewerkschaftsbeamten und Redakteure sind in den erbärmlichsten Verhältnissen aufgewachsen, und so erbärmlich wie ihre Lebenshaltung in der Jugend war, war auch die Schulbildung, die ihre Eltern ihnen bieten konnten. Vergeblich aber wird man in der Gewerkschaftspresse suchen und vergeblich die Reden der Gewerkschaftsführer verfolgen, um Produkte zu finden, wie sie Genosse Kautsky uns hier bietet. Doch, über den Geschmack ist nicht zu streiten, und wenn diejenigen, mit denen man gelegentlich in Meinungsverschiedenheiten gerät, sich wohl dabei fühlen, wenn sie in dieser Weise ihrem bedrängten Herzen Luft machen, so wollen wir ihr Wohlbefinden nicht stören. Wir begnügen uns damit, unsere Meinung zu sagen und zeigen nicht nach dem Ruhm, solche Leistungen zu überbieten oder auch nur zu erreichen.

Aber, was ist denn eigentlich geschehen? In der „Zeitschrift für Graveure und Ciseleure“ erschien eine Artikelserie „Gewerkschaften und Partei“, die durchaus vom sozialdemokratischen Standpunkte gehalten war und die Notwendigkeit des einheitlichen Wirkens von Partei und Gewerkschaften betonte. In dem sechsten und siebenten Artikel der Serie polemisiert der Verfasser gegen den politischen Massenstreik resp. den Generalstreik und citiert auf diesen bezügliche Äußerungen von Parteivertretern.

Unter anderem brachte er auch folgenden Absatz aus einem Artikel, den die „Sächsische Arbeiterzeitung“ kurz nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß veröffentlichte:

Tatsächlich war eben dieser Grundton, der aus der ganzen Generalstreiksdebatte hervorklang, nicht die „Erfahrung“, sondern — die Borniertheit, und sicher hat noch kein Kongreß der Gewerkschaften in Deutschland stattgefunden, auf dem die Borniertheit so stark hervorgetreten ist, wie in Köln. Eine selbstgefällige, strahlende, selbstsichere

Borniertheit, die an sich selbst eine große Freude erlebt, sich an sich selbst berauscht, die sich über alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erhaben dünkt, welche sie gar nicht verstanden hat, die über ein historisches Produkt glaubt Richterprüche fällen zu können, das sich um Kongreßbeschlüsse den Teufel kümmert. Dieselbe Borniertheit war schon mehr daran, die Idee der Maisfeier kurzerhand über Bord zu werfen. Und dieselbe Borniertheit versichert uns dann zum Schluß: „Nur nicht bange werden! Die Reaktion kann uns nichts tun! Sie soll uns ruhig alles nehmen, das Wahlrecht, das Koalitionsrecht, alle Rechte — wir bleiben auch dann noch stark!“ Wenn das nicht heißt, die Arbeiter-schaft in unverantwortlichster Weise in gefährlichsten Großmachtsdusel einzulullen, dann wissen wir nicht, was sonst Demagogie und was Irreführung der Arbeiter heißt.

Daran knüpften sich folgende Bemerkungen:

Dieselbe schriftstellerische und „theoretische“ Größe, welche diese Leistungen verbrochen hatte, soll auch davon gefaselt haben, daß die Gewerkschaften ein „Uebel“ sind, die Führer aber ein „notwendiges Uebel“, überhaupt sind die Führer „pflaumenweiche Kerle“.

Ein Name war nicht genannt. Der „Vorwärts“ brachte in Nr. 77 vom 1. April 1906 wohl den leztcitirten Satz, nicht aber das Citat aus der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und gab bekannt, daß die Genossin Luxemburg die Verfasserin des Artikels und somit auch in dem letzteren Fall gemeint sei. Er warf der „Zeitschrift für Graveure“ Leichtfertigkeit vor, weil die Genossin Luxemburg Derartiges nie gesagt haben könne. Die „Zeitschrift für Graveure“ erklärte darauf, sie könne Zeugen, die an der Versammlung teilgenommen haben, dafür bringen, daß diese Äußerungen in der Rede der Genossin Luxemburg gefallen seien.

Nach dieser Feststellung der Tatsachen werden manche, die erwarteten, von dem schlimmsten Parteiverrat zu hören, die Ausführungen des Genossen Kautsky erst in ihrem vollen Werte zu würdigen wissen. Deswegen also geht „ein gewerkschaftliches Organ Hand in Hand“ mit „infamsten und schamlosesten Preßhündlern“!

Alle Anerkennung dafür, daß Genosse Kautsky energisch für eine Parteigenossin eintritt, die er beleidigt glaubt. Empört er sich aber über solche angeblichen Beleidigungen, dann wäre es sicher notwendig gewesen, dieser Empörung Ausdruck zu geben, als in dem Artikel der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ die Delegierten des Gewerkschaftskongresses in unschöner Weise beleidigt wurden. Es waren doch Parteigenossen, die in Köln auf dem Gewerkschaftskongreß beraten haben, Genossen, die im Dienste der Partei genau so ihre Pflicht getan haben, als irgend ein anderer Parteigenosse oder eine Parteigenossin, die eine führende Stellung in der Partei einnimmt. Es waren die Vertreter der deutschen Gewerkschaften, die sich im Kampfe ums tägliche Brot mühsam ihr bißchen Wissen angeeignet haben, die man mit so gräßlichen Beleidigungen überschüttete. Genosse Kautsky empörte sich darüber aber nicht oder gab wenigstens seiner Empörung nicht Ausdruck.

Gewiß, die Gewerkschaftsführer konnten sich selber verteidigen, Genossin Luxemburg aber sitzt im Gefängnis. Ja, zum Teufel, sind wir denn schon so weit gekommen, daß man in einer allgemeinen Polemik, ohne Namen zu nennen, nicht eine Äußerung citieren darf, die ein Genosse oder eine Genossin, die zurzeit im Gefängnis sitzt, getan hat oder getan haben soll, ohne sich des Parteiverrates schuldig zu machen? Es wäre geradezu ein Unfug, wenn solches Unfug in der Partei werden sollte.

Genosse Kautsky war ebensowenig in der Versammlung am Mittwoch, 6. Dezember 1905, wie der Redakteur der „Graveurzeitung“. Aus eigener

eingetreten ist und eine weitere günstige Preisentwicklung in Aussicht steht." So der Bericht, der wahrlich nicht nach kapitalistischer Bedrängnis aussieht.

Vielfach hört man sogar, wie auf dem Gipfel der letzten Hochkonjunktur, wieder Klagen über Rohmangel, obwohl dieser — bei der unterdes enorm gestiegenen Leistungsfähigkeit der Produktion — nur vergänglich-zufälliger Natur sein könnte. Aber in allen Branchen der weiterverarbeitenden Gewerbe hält infolge der flotten Tätigkeit eine starke Eisennachfrage an. Die Bau- und Erzeugnisse der Kleineisenindustrie davon profitieren. Die elektrotechnische Industrie steht hoch über dem Vorjahre. Der Maschinenbau vermag mit reichlichen Aufträgen zu rechnen. Die Schiffswerften schaffen mit Vollampf. Was will man mehr? Weil die Herrlichkeit nicht ewig dauern kann, deswegen brauchen die Arbeiter sich doch nicht die bessere Gegenwart auch noch entschließen zu lassen! Als Symptom der starken Tätigkeit weisen wir auch hier auf das Anziehen der Rohmaterialienpreise fast aller Metalle, in erster Linie des Kupfers hin, dessen Weltproduktion abermals, trotz der Neuerschließung so vieler Fundgruben und trotz der stärkeren Ausbeutung der alten Gruben, hinter dem internationalen Bedarf der Elektrotechnik, des Maschinen- und Schiffbaus, der Munitionsherstellung und so vieler anderer Berufsweige zurückbleibt.

Zunächst fällt nur ein stärkerer Vermutstropfen in den Freudenbecher der Produktionsunternehmer: die leichtere Zugänglichkeit des Leihkapitals, die allgemeine Zinsfußherabsetzung ist ein frommer Wunsch geblieben. Man glaubte, nach der politischen Beruhigung am Ende der Marokkofonferenz würden die großen Centralbanken wieder ihre Hand leichter öffnen. Die Bank von England ermäßigte in der Tat am 5. April ihren Diskont von 4 auf 3½ Proz. Aber die anderen Banken folgten nicht, und in England geriet man sogar rasch in Verlegenheit, weil die internationale Leihkapitalnachfrage sich mit unerwünschter Wucht diesem „Punkt des geringsten Widerstandes“ zuwandte. Soeben entwickelt die Katastrophe von San Francisco ganz unerhörte Geldanforderungen, die, vom vorher schon stark angespannten amerikanischen Finanzzentrum New York zurückschlagend, auch den europäischen Geldmarkt außerordentlich in Anspruch nehmen — schon wegen der fällig werdenden, von europäischen Versicherungsgesellschaften zu leistenden kolossalen Versicherungssummen. Das sieht zunächst nicht danach aus, als ob so bald der Produktion das Leihkapital bequemer und billiger zur Verfügung stehen werde. Aber bei wirklich gutem Produktions-Geschäftsgang weiß man diese Mehrbelastung mit Würde und Ruhe zu tragen.

Berlin, 22. April 1906. Max Schippel.

## Soziales.

### Die Berliner Heimarbeitersausstellung und das Ausland.

Ueber die Wirkungen der Berliner Heimarbeitersausstellung auf das Ausland haben wir bereits berichtet, so auf England und Schweden, wo man bestrebt ist, ähnliche Ausstellungen zu veranstalten. Mittlerweile haben sich diese Wirkungen auch auf Oesterreich ausgedehnt. Eine Presznotiz weiß darüber

zu berichten, daß auch in Wien eine Heimarbeitersausstellung geplant wird. Aus Schweden war bereits Fräulein Sesselgren-Stockholm in Berlin anwesend, um sich hier das vorhandene literarische Material zu verschaffen und bestimmte Anregungen für die dort geplante Ausstellung zu empfangen. Bezüglich England schreibt uns nun unser Londoner Korrespondent folgendes:

Die in Nr. 15 gemachten Ausführungen der Redaktion waren sehr aktuell und zutreffend. In der Tat wird am 2. Mai auch hier in London in der Queens Hall eine Heimarbeitersausstellung unter dem Protektorat der Prinzessin Henri of Battenberg eröffnet. Die Ausstellung wird von der Londoner Zeitung „Daily News“ organisiert. Diese Ausstellung kann allerdings nicht als erster Versuch betrachtet werden, die Schwerkheiten dieses Systems ans Tageslicht zu bringen; bereits im Jahre 1890 wurde eine königliche Kommission zur Untersuchung des Schwereitsystems ernannt. Obwohl diese Kommission ihre Arbeit gründlich besorgte, wurde doch sehr wenig auf gesetzlichem Wege getan. Damals gab es auch noch keine Arbeiterpartei im Parlament, heute ist das anders.

## Arbeiterbewegung.

### Partei- und Gewerkschaften.

In Nr. 89 des „Vorwärts“ (18. April 1906) finden wir die folgende Kundgebung:

Wie ich heute aus dem „Vorwärts“ ersehe, behauptet die „Zeitschrift für Graveure und Ziseleure“ Zeugen von Fleisch und Wein dafür zu haben, daß Genossin Luxemburg in einer Berliner Versammlung davon „gefascelt“ habe, die Gewerkschaften seien ein „Nebel“. Der „Vorwärts“ meint, die Anklage dürfe nicht als erwiesen gelten, so lang Genossin Luxemburg sich nicht selbst darüber äußern konnte. Ich kenne aber unsere Genossin gut genug um behaupten zu können, daß die Zeugen der „Zeitschrift für Graveure und Ziseleure“ vielleicht über Fleisch und Wein, auf keinen Fall aber über Hirn verfügen, sonst könnten sie eine derartige Äußerung nicht bezeugen, die die Genossin Luxemburg auf keinen Fall getan hat und tun konnte.

Die letzte Aufforderung, die sie aus der Freiheit an mich richtete, ging dahin, ich solle für ein polnisches Parteiorgan einen Artikel schreiben (was ich auch tat), der die jetzt so wichtige Organisierung von Gewerkschaften in Rußland fördern solle. Die Frage war es, die sie in letzter Zeit vornehmlich beschäftigte.

Für Deutschland aber hegte sie stets die Ueberzeugung, die sie 1901 in einem Artikel der „Neuen Zeit“ (XIX, 2, S. 711) aussprach, daß „das bis jetzt bestehende Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft nach beiden Richtungen hin, sowohl was ihre äußere Selbständigkeit und Arbeitsteilung, als was ihre Nebeneinanderstellung und Gleichberechtigung betrifft, unbedingt im Interesse des Klassenkampfes im ganzen aufrecht erhalten werden muß“.

Es ist nicht die Genossin Luxemburg, die dieses Verhältnis untergräbt, sondern es sind jene Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsredakteure, die sich den Reichshäuser zum Vorbild auferkoren haben. Die bornierte Haß dieser Elemente gegen jede Form der Arbeiterbewegung, die sich ein höheres Ziel setzt, als fünf Pfennig mehr Stundenlohn, ist allerdings ein „Nebel“.

schaften genötigt, sich gegen die Verabreichung solcher Medikamente, die schließlich auch dem Gesundesten Schaden bringen können, zu wehren. Der Parteivorstand wurde gelegentlich erjucht, seinen Einfluß geltend zu machen, damit diese Kurverfuche ein Ende finden. Die Antwort war, die Freiheit der Presse müsse gewahrt bleiben. Da blieb dann nichts anderes übrig, als diese Freiheit der Presse auch für die Gewerkschaftsblätter in Anspruch zu nehmen und ein Uebel mit einem anderen Uebel auszutreiben. „Ein Wort der Warnung“ sollte die Beratung des Tagesordnungspunktes „Parteipresse und Gewerkschaften“ auf der Gewerkschaftskonferenz sein. Und wir wünschen dringend, daß auch die „Leipziger Volkszeitung“ den von ihr geprägten Satz so auffaßt. Soll's aber umgekehrt sein, so können wir daran nichts ändern. Jedenfalls sehen wir nach den im letzten Jahre gemachten Erfahrungen keinen anderen Weg, die der deutschen Arbeiterbewegung nachteiligen Auseinandersetzungen aus der Welt zu schaffen, als daß wir jeden von einzelnen Parteiorganen unbegründet gegen die Gewerkschaften erhobenen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir hoffen mit diesem nicht sehr angenehmen, aber leider notwendigen Mittel die erforderliche Einmütigkeit zwischen Parteipresse und Gewerkschaftspressen baldigt zu erreichen.

### Das 300 000 - Jubiläum der Metallarbeiterzeitung.

Die in dieser Woche erscheinende Nummer 17 vom 24. Jahrgang der Metallarbeiterzeitung, hat die Auflageziffer von 300 000 überschritten. Sie erscheint in einer Auflage von 307 500 Exemplaren. Bereits Woche für Woche konnten seit Monaten die Verbandsmitglieder, konnten die Freunde, konnten die Gegner das fortschreitende Anwachsen der Auflage des Kampforgans der deutschen Metallarbeiter in trockenen Zahlen am Kopfe des Blattes lesen, konnten sie die immer steigende Zahl der hinter ihm stehenden Kämpferschar berechnen. Immer wütender bellten die Zerpfitterungsbündel der Dirich-Dunderschen, der Christlichen in ihrer Ohnmacht die in stolzem Siegeslauf vorwärtsschreitende Kampfgenossin der Metallarbeiterschaft an, immer größer wurde der Haß des Unternehmertums. Aber unbekümmert um das Gewürm zu ihren Füßen, unbekümmert um den Haß der Unternehmer ging sie vorwärts, Monat für Monat, Woche für Woche immer neue Anhänger, neue Kämpfer für die Sache des Proletariats, die Sache der Freiheit, um sich scharend. Im Laufe von vier Monaten stieg ihre Auflage um 40 000 Exemplare; 40 000 neue Kämpfer in den Reihen der modernen Arbeiterbewegung!

Mit freudigem Stolz kann der Metallarbeiterverband das 300 000-Jubiläum seines Verbandsorgans begehen. Das, was ihn groß gemacht hat, den Kampf gegen Unterdrückung und Knechtschaft, den hat er im gegenwärtigen Moment mehr denn je. Zehntausende, vielleicht über 50 000 seiner Mitglieder liegen auf der Landstraße, vom Unternehmertum ausgesperrt, weil die Farmer sich erdreisteten, bescheidene Forderungen an den König Kapital zu stellen. Kampf auf der ganzen Linie. Wohl hat der Verband, wie der Leitartikel der Jubiläumsnummer mitteilt, bis Ende 1905 aus der Hauptkassette die Niesenjume von 7 115 188,39 Mk. für Streiks und Aussperrungen verausgabt. Ein Zeichen seiner Kampfesfähigkeit.

Aber das besagt noch wenig gegenüber den kommenden Kämpfen; das wiegt noch nicht das in Dres-

lau von den Stützen des Polizei- und Klassenstaates vergossene Arbeiterblut auf. Am Jubiläumstage der Metallarbeiterzeitung winkt die Blutsache von Breslau im Hintergrunde.

Die Metallarbeiterzeitung begehrt ihren Ehrenstag in festlichen Gewande. Eine künstlerische Zeichnung, im mehrfarbigen Druck ausgeführt, gibt dem Titelblatte die Prägung und in einem Gedicht, „Ein Schritt zum Ziele“, ruft das Blatt die Scharen zum Kampfe auf:

Für euch, mit euch auf selbstgeschaffnen Bahnen,  
Vorwärts, hinauf zur Freiheit und zum Licht!  
Der Morgen tagt, hoch flattern unsre Fahnen,  
Es winkt das Ziel — ihr Freunde, rastet nicht!

Der Leitartikel, unter der Spitzmarke „So feiern wir den 1. Mai“, gibt ein kurzes Resümee der Entwicklung des Verbandes und seiner Leistungen, tritt scharf für die Verkürzung der Arbeitszeit ein, wozu in erster Linie die planmäßige gewerkschaftliche Organisation, der gewerkschaftliche Kampf notwendig, weil von der Gesetzgebung erfahrungsgemäß nicht eher etwas in dieser Richtung zu erwarten ist, bevor die Arbeiterkraft durch die eigene Kraft, durch ihre gewerkschaftlichen Kämpfe eine Verkürzung der Arbeitszeit errungen hat. So muß der Gewerkschaftskampf der Rückhalt der diesbezüglichen politischen Aktion sein. „Die politische Aktion der Arbeiterschaft“, sagt das Blatt, eine alte Wahrheit ausprechend, „ist notwendig. Sie muß aber erfolglos bleiben, wenn nicht die gewerkschaftliche Aktion ihr zu Hilfe kommt. Die eine Bewegung kann die andere nicht entbehren.“ Daher mahnt das Blatt die Arbeiterschaft zur unverdrossenen zielbewußten Tätigkeit für ihre Ideale. Nicht nur Demonstrationen an bestimmten Tagen, sondern das unablässige Eintreten für unsere Forderungen, Tag für Tag, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, führt zum Ziel. „Die Arbeiter müssen sich ihre Rechte und Freiheiten selbst erringen, sie werden ihnen nicht als Geschenk vom Himmel in den Schoß fallen. In diesem Sinne feiern wir den 1. Mai!“

Von dem weiteren Inhalt der 16seitigen Jubiläumsnummer ist zunächst ein Artikel des Verbandsvorsitzenden Schlicke, „Unsere Gegner im Unternehmertum und wir“, worin die gegenwärtige Situation in objektiver, sachlicher Weise gewürdigt wird. Otto Hue hat einen anfeuernden Kampfesartikel geliefert, D. Zinner schreibt über die Gewerkschaftsbewegung als Kulturbewegung, Paul Umbreit über die Gewerkschaftsbewegung, was sie ist, will und kann, und Paul Kampfmeyer erläutert das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei. E. Lauterbach, Stuttgart, legt die Erfolge des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1905 klar, Dr. Luz und J. German haben Beiträge technischen und wirtschaftlichen Inhalts geliefert. Die Genossen Rohrlack und Vorhölzer haben ebenfalls zur Bereicherung des Inhalts beigetragen. Unter „Internationales“ sind Erläuterungen über die Organisations- usw. Verhältnisse in Oesterreich der Schweiz, Skandinavien, Belgien, Frankreich und England enthalten usw. Der alte Dichter der deutschen Bergleute, Heinrich Kämpchen, widmet den „Kameraden vom Eisen“ einen tiefempfundenen Gruß:

„Wir grüßen euch, ihr Brüder,  
Sind wir doch stammverwandt —  
Euch halten Feuersgluten,  
Uns hält die Nacht gebannt.“

Kenntnis weiß er also nichts und doch hält er sich für berechtigt, in dieser Weise sich zu äußern. Will man schon aus der Sache eine Haupt- und Staatsaktion machen, so stelle man sie zurück, bis die Genossin Luxemburg in die Freiheit zurückgeführt ist, oder höre die Zeugen, die der Redakteur der „Zeitschrift für Graveure“ stellen will. Wir legen der ganzen Angelegenheit eine so große Bedeutung nicht bei.

Aber etwas anderes ist es, was uns veranlaßt, uns mit der Sache näher zu beschäftigen, und weil wir gewöhnt sind, unseren Lesern in Streitfällen alles zu unterbreiten, was von der einen oder der anderen Seite gesagt wird, so mußten wir die Erklärung des Genossen Kautsky vollständig bringen und sind dadurch genötigt, auch unsere Meinung zu den uns weniger wichtig erscheinenden Teilen derselben zu sagen.

Genosse Kautsky sagt: Es ist nicht die Genossin Luxemburg, die dieses Verhältnis untergräbt, sondern es sind jene Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsredakteure, die sich den Reichhäuser zum Vorbild auserkoren haben. Der bornierte Haß dieser Elemente gegen jede Form der Arbeiterbewegung, die sich ein höheres Ziel setzt als fünf Pfennig mehr Stundenlohn, ist allerdings ein „Uebel“.

Wo, Genosse Kautsky, sind diese Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsredakteure, wie heißen sie, in welcher Gewerkschaft sind sie tätig, für welches Gewerkschaftsblatt schreiben sie? Heraus mit der Sprache! Der Satz ist deutlich, — mißverstanden, Genosse Kautsky, können Sie nicht sein, also bitte nunmehr den Beweis, wenn diese Erklärung nicht eine Verdächtigung sein soll, die weit über das hinausgeht, dessen sich der Redakteur der „Zeitschrift für Graveure“ schuldig gemacht haben soll. Möglich ist eine solche Behauptung nur von einer Seite, die unsere Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, unsere Gewerkschaftspresse und auch unsere Gewerkschaftsbeamten nicht kennt. Das wird Genosse Kautsky jedenfalls von sich nicht sagen lassen wollen. Er wird also Beweise haben und wir wünschen dringend, daß diese in aller Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Eine solche öffentliche Erklärung ist unbedingt notwendig, denn, ist die Behauptung des Genossen Kautsky richtig, so handelt es sich um einen Krebschaden in unserer gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, der nur durch völlige Freilegung beseitigt werden kann. Wir hoffen also, im Interesse der vermeintlich notwendigen Gesundung der Gewerkschaftsbewegung, auf eine offene, unumwundene Antwort.

Die „Leipziger Volkszeitung“ verfehlt nicht, die Sache auch ihren Lesern zu unterbreiten und hält sie für so bedeutungsvoll, daß sie ihr sogar einen Leitartikel widmet, dem sie den Titel „Ein Wort der Warnung“ gibt. Sie bezieht sich auf einen angeblichen Beschluß der Konferenz der Vorstandsvertreter, die 1906 in Berlin tagte, nach welchem die Gewerkschaftspresse sich die Angriffe der Parteipresse nicht länger dulden lassen solle. Behauptet dann gleichfalls, daß die „Zeitschrift für Graveure“ schwer gesündigt habe und „beweist“ die Unrichtigkeit der Behauptung der letzteren damit, daß die Genossin Luxemburg noch am 11. Januar dieses Jahres den politischen Leiter der „Leipziger Volkszeitung“ ersucht habe, einen Artikel über die Gewerkschaften zu schreiben, weil in Rußland „nach der Beendigung des letzten Generalstreiks wieder die

Gründung der Gewerkschaften aktuell geworden ist“. Nach einer Schilderung des Anklageverfahrens gegen die Genossin Luxemburg kommt dann das Blatt zu folgendem Schluß:

„Doch um auf unser eigentliches Thema zurückzukommen, so liegt nunmehr binnen kurzer Frist schon der zweite Fall vor, daß ein deutsches Gewerkschaftsorgan Angehörigen der Partei, die von reaktionären Regierungen verfolgt werden, in den Rücken fällt. Wenn die Gewerkschaftsblätter, die in dieser Weise vorgehen, damit die Partei zu schädigen glauben, so sind sie auf dem Holzwege. Den moralischen Vorteil dieser unmoralischen Taktik hat vielmehr die Partei. Aber geschädigt wird dadurch die Gewerkschaftsbewegung, und somit denn freilich auch die allgemeine Arbeiterbewegung. Wären wir wirklich die Gegner der Gewerkschaften, die wir angeblich sein sollen, so würden wir einfach sagen: Nur immer so zu! Aber da wir die gewerkschaftliche Organisation als eine notwendige Waffenrüstung des proletarischen Emanzipationskampfes anerkennen, so können wir nur vor den verwerflichen Wegen warnen, die einzelne Gewerkschaftsblätter eingeschlagen haben, um die Partei zu schädigen.“

Also auch hier wird der Parteiverrat „festgestellt“, begangen von dem Redakteur eines Gewerkschaftsblattes. In dem ersteren Fall sollte der gewerkschaftliche Sünder dem Staatsanwalt Material gegen einen unter Anklage gestellten Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ geliefert haben. Hat vielleicht auch der Redakteur der „Zeitschrift für Graveure“ mit der angeblich unrichtigen Behauptung dem Staatsanwalt Material gegen die Genossin Luxemburg geliefert? Die „Leipziger Volkszeitung“ meint es mit diesem Satz sicher ernst und scheint nicht zu merken, daß sie damit die ganze Sache der Lächerlichkeit preisgibt. Erhaben soll der Satz klingen und lächerlich wirkt er, wenn man die Ursache kennt, welche der „Leipziger Volkszeitung“ zur Schleuderung dieses Bannstrahles Veranlassung gab.

Der Meinung der „Leipziger Volkszeitung“, daß durch die Polemik einzelner Gewerkschaftsblätter gegen einzelne Organe der Partei nicht die Partei, sondern die Gewerkschaften geschädigt werden, können wir nicht zustimmen. Nicht die Partei oder die Gewerkschaften werden durch solche Auseinandersetzungen geschädigt, sondern die deutsche Arbeiterbewegung hat den Schaden von diesen gegenseitigen Anrempelungen.

Diese Schädigung der deutschen Arbeiterbewegung möchten wir sobald als möglich beendet wissen und deshalb kamen die Vertreter der Gewerkschaften auf der erwähnten Konferenz überein, ohne einen formulierten Beschluß zu fassen, die fortgesetzten völlig unmotivierten Angriffe einzelner Parteiblätter gegen Beschlüsse von gewerkschaftlichen Kongressen und gegen die an erster Stelle in den Gewerkschaften tätigen Personen sich nicht länger geduldig gefallen zu lassen, sondern gemeinsam abzuwehren. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn die Gewerkschaftspresse dies schon früher getan hätte und sich z. B. einmütig gegen die oben citierten Äußerungen der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ gewandt und diese als das bezeichnet hätte, was sie sind. Das ist leider nicht immer in ausreichender Weise geschehen, wahrscheinlich in der Annahme, es handele sich um eine vorübergehende Erscheinung. Nachdem aber einzelne Parteiorgane aus diesem geduldigen Ertragen das Recht herleiteten, in gleicher Weise den nach ihrer Meinung notwendigen Gesundungsprozeß in der Gewerkschaftsbewegung herbeiführen zu müssen, waren die Gewerks-

Ihr schafft für wenig Märker  
In harter Eisenfron,  
Wir graben in den Gräften,  
Um gleichen Hungerlohn."

300 000 Kämpfer im Metallarbeiterverband.  
307 000 Auflage die Metallarbeiterzeitung! Welchem  
sozialdemokratischen Gewerkschaftler sollte das nicht  
das Herz vor Freude höher schlagen lassen. Und ist  
auch die Zahl der Feinde groß, unsere Kampfesreihen  
schließen sich immer mehr. In seinem Emanzipa-  
tionskampf kann das Proletariat nimmermehr zurück-  
gehalten werden. Es marschiert kampfesfreudig  
seinem hohen Ziele entgegen. Daran werden weder  
das Unternehmertum noch die Institutionen des  
Polizeistaates etwas ändern können. Selbst das  
Blutbad von Breslau wird einst nur eine kleine  
Episode in diesem Vormarsch darstellen.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Einige wichtigere Beschlüsse der zu Ostern statt-  
gefundenen Verbandstage wollen wir hier kurz  
registrieren. Die Textilarbeiter, die in  
Mühlhausen i. Th. tagten, beschloßen die Ein-  
führung eines Sterbegeldes, die Anstellung eines  
zweiten Redakteurs für das Verbandsorgan und die  
Verlegung der Redaktion von Chemnitz nach  
Berlin, des Ausschusses von Leipzig nach Gera.  
Ferner wurde beschloßen, Staffelleistungen einzu-  
führen: Minimalbeitrag für weibliche und jugend-  
liche Mitglieder 20 Pf., für männliche 30 Pf. Da-  
neben zwei freiwillige Klassen à 40 resp. 50 Pf. bei  
dementsprechenden Mehrleistungen der Verbandsstaffe.

Die Vergolder tagten in Leipzig. Sie  
beschloßen dem Ausfall der bereits mitgeteilten Ur-  
abstimmung entsprechend die Angliederung des Ver-  
bandes an den Holzarbeiterverband. — Die Wäschear-  
beiter beschloßen auf ihrem Verbandstage in  
Berlin die Festsetzung der Staffelleistungen auf  
20 und 40 Pf., die Anstellung von zwei Gauleitern,  
die Erhöhung der Krankenunterstützung und die Ver-  
größerung des Fachorgans.

Die Kürschner tagten in Weizenfels.  
Sie beschloßen die Erhöhung der Beitragssätze von  
15 und 30 Pf. auf 25 resp. 50 Pf. pro Woche, sowie  
die Einführung der Kranken- und Sterbeunter-  
stützung. — Die Heizer und Maschinisten be-  
schloßen auf dem Verbandstage in Mannheim  
die Erhöhung des Beitrages von 20 auf 30 Pf. und  
die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung zur  
Erwerbslosenunterstützung. Sie beschloßen weiter die  
feste Anstellung des Verbandsvorsitzenden, ein Amt,  
das bisher von dem Redakteur Kirchner nebenamt-  
lich verwaltet wurde, sowie die Anstellung von drei  
Gauleitern zur Agitation usw. im Süden, Westen  
und Osten Deutschlands.

Auf ihrem Verbandstage in Dresden be-  
schloßen die Sattler die Erhöhung der Beiträge  
um 5 Pf. pro Woche; ferner Erhöhung der Streik-  
unterstützung, Neuregelung der Kranken- und Arbeits-  
losenunterstützung, dagegen wurde die Ausdehnung  
der Unterstützungszweige zur vollständigen Erwerbs-  
losenunterstützung abgelehnt. Beschloßen wurde  
ferner die Anstellung des bisherigen Sekretärs zum  
Verbandsvorsitzenden, sowie die Anstellung eines  
Hauptkassierers.

Die Stukkateure traten auf ihrem Ver-  
bandstage in Leipzig dem Anschluß an den  
Maurerverband näher, indem sie den Vorstand mit

den nötigen Unterhandlungen beauftragten, erhöhten  
den Beitrag auf 50 Pf., lehnten aber die Einführung  
der Kranken- wie der Erwerbslosenunterstützung ab.

Der Verband des technischen Bühnen-  
personals beschloß den Anschluß an die Gene-  
ralkommission.

Die Glaser tagten in Mannheim. Sie  
lehnten den Anschluß an den Holzarbeiterverband  
sowie die Einführung der Erwerbslosenunterstützung  
ab. Dagegen wurde die Erhöhung des Beitrages von  
30 auf 45 Pf. beschloßen und die Reiseunterstützung  
dahin abgeändert, daß anstatt Kilometergelder Tage-  
gelder gezahlt werden.

Die „Friseurgehülfen = Zeitung“,  
Organ des Verbandes der Friseurgehülfen (Bar-  
biere), bringt in ihrer Nr. 10 eine scharfe Anklage  
gegen den Kost- und Logiszwang im Hause der  
Arbeitgeber. Das von genanntem Blatte aus den  
verschiedenen Städten gebrachte Material, durch eine  
Reproduktion eines Logierraumes in Leipzig verstärkt,  
bildet eine durchgreifende Rechtfertigung der Be-  
strebungen der Organisation, dieses veraltete Ent-  
lohnungssystem zu beseitigen.

Weitere Erfolge ihrer langjährigen Bemühungen,  
die drei zweiten Feiertage an den hohen Festen frei  
zu bekommen, hat die gleiche Organisation neuer-  
dings zu verzeichnen. In Darmstadt, Hannover-  
Vinden, Altona mit Stellingen-Langensfelde und Loh-  
stedt, sowie in Offenbach a. M. haben die Behörden  
nunmehr die Schließung der Barbier- und Friseur-  
geschäfte an den genannten Tagen angeordnet. In  
Offenbach ist dies allerdings mit einigen sehr über-  
flüssigen Einschränkungen geschehen. Es wird Sache  
der Organisation sein, Sturm zu laufen gegen diese  
Einschränkungen einer notwendigen Verordnung.  
Die Mitgliederzahl des Verbandes ist auf 1700  
gestiegen.

Die Auflage der Allgemeinen Deutschen  
Gärtnerzeitung, Organ der Organisation  
der Gärtner, hat mit der Nr. 16 eine Auflage  
von 6000 erreicht. Im Dezember 1903, vor dem An-  
schlusse der Organisation an die Generalkommission,  
betrug die Auflage 3500, davon gingen etwa 400  
Exemplare an die antisemitisch geleitete Kranken-  
kassa der Gärtner, die inzwischen die Bestellung  
inhibiert hat. Die Auflage des Blattes ist also in  
den 2 1/2 Jahren um 1500 Exemplare, die von der  
Organisation selbst benötigte Auflage um 1900 Exem-  
plare gestiegen. Das ist in diesem schwer zu be-  
ackernden Boden ein erfreulicher Fortschritt.

Der Vorstand des Holzarbeiter-  
verbandes veröffentlicht bereits seine Statistiken  
über die Lohnbewegungen und Streiks,  
die vom Verbandsorgan im Jahre 1905 geführt wurden.  
Die Statistik gibt ein überaus erfreuliches Zeichen  
des Kampfes und der Leistungsfähigkeit des Ver-  
bandes. Lohnbewegungen, die ohne Streik verliefen,  
fanden im Berichtsjahre 487 (im Vorjahre 468) statt.  
Sie umfaßten 2221 (2075) Betriebe mit 27 684  
(32 548) beschäftigten Personen, wovon 20 836  
(20 309) direkt beteiligt waren. In 438 dieser Lohn-  
bewegungen handelte es sich um eine Angriffsbewegung,  
in 49 Fällen um eine Abwehrbewegung,  
die allgemein günstig verlief. Von den 438 Angriffsbewegungen  
erzielten 179 eine Verkürzung der  
Arbeitszeit und 373 eine Lohnerhöhung. Die Kosten  
beliefen sich auf nur 4023 Mk.

An Streiks waren 278 Angriffstreiks und  
144 Abwehrstreiks zu führen, wozu noch 31 Aus-  
sperrungen kommen (im Vorjahre 15). Das Gesamt-

ergebnis der Lohnbewegungen und Streiks geht aus folgender Uebersicht hervor. Es wurde erzielt:

**Lohnerhöhung**

Bei	Für Personen	Zusammen pro Woche Mark	Durchschnittlich pro Woche Mark
373 Bewegungen ohne Streik (Angriff)	16811	24171	1,43
1 dto. (Abwehr)	61	43	0,90
199 Angriffstreiks	11458	21072	1,84
9 Aussperrungen	4316	7579	1,73
3 Abwehrstreiks	62	78	1,25
<b>Zusammen</b>	<b>32708</b>	<b>52943</b>	<b>1,62</b>
17 Lohnerhöhungen die erst später in Kraft treten	2605	2232	0,90

**Arbeitszeitverkürzung**

Bei	Für Personen	Zusammen pro Woche Stunden	Durchschnittlich pro Woche Stunden
179 Angriffsbewegungen ohne Streik	10354	26925	2,6
119 Angriffstreiks	10673	28565	2,7
9 Aussperrungen	4319	6223	1,4
5 Abwehrstreiks	139	448	3,2
<b>Zusammen</b>	<b>25485</b>	<b>62161</b>	<b>2,4</b>
15 erst später in Kraft tretend	2948	4335	1,5

Es erhielten also 25 485 (16 372 im Vorjahr) Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 2,4 (2,9) Stunden pro Woche und 32 708 (29 770) Kollegen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich pro Mann 1,62 (1,82) Mk. in der Woche oder 84 (94) Mk. im Jahr.

Die Kosten der Streiks beliefen sich insgesamt auf 1 176 066,44 Mk., davon 411 302 Mk. für Aussperrungen. Der verlorene Arbeitsverdienst der Streikenden betrug 1 741 005 Mk. Der Einbuße steht indessen eine errungene jährliche Mehreinnahme von 2 753 036 Mk. gegenüber; ganz abgesehen von der in der Form der Streikunterstützung gewährten Entschädigung haben also die beteiligten Verbandsmitglieder in den erzielten Erfolgen schon im ersten Jahre volle Valuta für die gebrachten Opfer.

Die Arbeitslosigkeit im Solg-arbeiterverbande im Monate März ergab nach der Statistik des Verbandsvorstandes folgendes Bild: Berichtet haben 631 Filialen mit 107 842 Mitgliedern. Nicht berichtet hatten 30 Filialen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Laufe des Monats betrug 6146, die der Arbeitslosen am 31. März 1559. Unterstützung erhielten 2177 Arbeitslose am Orte für 18 596 Tage mit 24 776 Mk., ferner 3768 Arbeitslose auf der Reise für 5704 Tage mit 5412 Mk.

Die Jahresabrechnung des Verbandes der Handschuhmacher pro 1905 ergibt eine Gesamteinnahme von 76 628 Mk., der eine Gesamtausgabe von 100 639 Mk. gegenübersteht. Der Hauptausgabeposten von 58 300 Mk. entfällt auf Streikunterstützung, während für Arbeitslosenunterstützung 14 682 Mk. und für Reiseunterstützung 1636 Mk. verausgabt wurden. Der Vermögensbestand betrug am

Jahreschluß 34 719 Mk. — Die Wahl des 1. Vorsitzenden des Verbandes an Stelle Niepefobls fand einheitlich am 21. April in allen Verbandsfilialen durch Urabstimmung statt.

Der deutsche Textilarbeiterverband hat, veranlaßt durch den vorjährigen internationalen Textilarbeiterkongreß in Mailand, auf welcher 360 000 organisierte Textilarbeiter vertreten waren, eine Petition an den Reichstag gelangen lassen. Die Petition fordert die gesetzliche Einführung des metrischen Systems bei der Garnnumerierung; ferner die Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzliche Maßnahmen, zunächst auf 10 Stunden als Uebergangsstadium, sodann auf 9 bzw. 8 Stunden pro Tag. Im dritten Teile der Resolution wird schließlich die gesetzliche Festlegung einer mindestens vierzigstündigen Sonntagspause in den deutschen Textilfabriken, Spinnereien, Webereien, Färbereien, Stickerien, Wirkerien usw. Die Petition wurde von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Vaudert dem Reichstage übermittelt.

Der Jahresabrechnung des Verbandes der Tapezierer pro 1905 entnehmen wir folgende Zahlen. Die Gesamteinnahmen der Haupt- und Lokalkassen des Verbandes betragen sich auf 165 202,34 Mk. Die Ausgaben für Streiks aus den Mitteln der Hauptkasse beliefen sich auf 50 696,42 Mk. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 18 042,50 Mk., für Reiseunterstützung 4100 Mk. verausgabt. Der Bestand der Hauptkasse betrug am Jahreschluß 79 337,52 Mk. Die Mitgliederzahl stieg auf 6755 am Jahreschluß. Diese günstige Entwicklung hat angehalten auch im 1. Quartal 1906: Am 1. April war die Mitgliederzahl bereits auf 7130 gestiegen.

**Ausland.** Die in Brüssel bestehenden vier deutschen Arbeitervereine haben ein Kartellverhältnis geschlossen. Das Kartell hat ein Lesezimmer eingerichtet und ersucht die deutsche Partei- und Gewerkschaftspresse, für das Lesezimmer ein Exemplar ihrer Publikationen zu übersenden. Die Adresse ist: Deutsches Arbeitervereins-Kartell, Maison du Peuple, Voie 81, Brüssel.

Der englische Maschinenbauer-Verband ist gegenwärtig die größte Gewerkschaft Großbritanniens. Die Mitgliederzahl überschritt im Monat März das erste Hunderttausend, am 1. April betrug dieselbe 100 075. Es darf aber nicht vergessen werden, daß dieser Verband in Amerika, Australien und Afrika fünf- oder sechstausend Mitglieder hat.

W.

**Kongresse und Generalversammlungen.**

**Elfter Verbandstag des Zentralverbandes der Glaser.**

Mannheim, 14. bis 17. April 1906.

An den Beratungen nehmen 43 Delegierte und Vertreter des Vorstandes, Ausschusses und der Preßkommission teil.

Der Bericht des Vorstandes umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1903 bis 1. Januar 1906. Es sei dies die ereignisreichste Periode in der Geschichte des Verbandes. Noch nie habe derselbe so zahlreiche und umfangreiche Kämpfe geführt. Aber auch die Entwicklung des Verbandes in den letzten drei Jahren war eine günstige, denn er steigerte seine Mitglieder-

am ersten Sonntag im Mai kann der Verbandstag nicht befürwortet."

Einen großen Teil des Verbandstages beanspruchte die Statutenberatung. Nachdem eine Generaldiskussion stattgefunden, wurden alle hierzu vorliegenden Anträge einer Statutenberatungskommission überwiesen, die nach eingehender Beratung einen vom Vorstande vorgelegten, vollständig neuen Entwurf mit einigen Abänderungen zur Annahme empfahl, was denn auch mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit ohne Diskussion einstimmig geschah. Nach dem neuen Statut sind die Beiträge von 30 auf 45 Pf. erhöht worden. Das Unterstützungswesen ist wie folgt geregelt: Bei Streiks und Aussperrungen erhalten Ledige 9 Mk. und Verheiratete 12 Mk., sowie für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mk. pro Woche.

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt nach Leistung von

52 Wochenbeitr. wöchentl. 6 Mk. für die Dauer von 4 Wochen.					
104	"	7	"	"	5
156	"	8	"	"	6
260	"	9	"	"	7
520	"	10	"	"	8

Ausgesteuerte Mitglieder können nach Leistung von 40 Wochenbeiträgen erneut Arbeitslosenunterstützung am Ort beziehen.

Als ausgesteuert gilt, wer innerhalb eines Jahres vom ersten Unterstützungstage ab gerechnet die ihm nach obigen Sätzen zustehende Unterstützung bezogen hat.

Die Reiseunterstützung beträgt pro Tag 1,25 Mk. und kann an einem Orte an drei aufeinander folgenden Tagen erhoben werden. Der Höchstbetrag der zu gewährenden Reiseunterstützung beträgt nach

26 Wochenbeiträgen 20 Mk.		
104	"	40
156	"	45
260	"	50
520	"	70

Des ferneren wurden noch folgende Beschlüsse gefaßt: Der bisherige Kassierer des Verbandes, der diesen Posten im Nebenamt versah, wurde fest angestellt. Der bisherige erste Vorsitzende des Verbandes, der zugleich Redakteur des Fachorgans ist, wurde wiedergewählt. Beide Beamte erhalten ein Gehalt von 2000 Mk., das jährlich um 100 Mk. bis zur Höhe von 2400 Mk. steigt. Sie sind verpflichtet, der Unterstützungsvereinigung beizutreten; der Beitrag an diese wird vom Verbandsgehalt gezahlt. Für Mitarbeit wurden dem Redakteur 300 Mk. pro Jahr bewilligt. Der Filiale Berlin wurde ein jährlicher Zuschuß von 1000 Mk. aus der Hauptkasse bewilligt. Die Diäten für die Delegierten wurden auf 9 Mk. pro Tag festgesetzt.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Karlsruhe, der des Ausschusses in Leipzig, während der Sitz der Preßkommission nach Mannheim verlegt wurde. Das neue Statut tritt am 1. Juli d. J. in Kraft. Beschllossen wurde ferner, daß dem nächsten Verbandstage, der im Jahre 1909 in Nürnberg stattfindet, der Vorstand einen Entwurf zur Einführung einer Krankenunterstützung vorlegen soll. Protokollarisch festgelegt wurde, daß Kollegen, die selbständig werden, nach einem Jahr aber die Selbständigkeit wieder aufgeben, ihre Beiträge nachzahlen können. Im Verbandsstatut besteht die Einrichtung, daß Mitglieder, die selbständig werden, austreten müssen.

### Die sechste Generalversammlung des Verbandes der im Bergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

tagte vom 16. bis 18. April in Leipzig. Dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Verband am Schlusse des Jahres 1905 1846 Mitglieder in 29 Filialen zählte. Der Verband hatte in den drei Jahren von der vorausgegangenen Generalversammlung 1903 bis Ende 1905 eine Einnahme von 130 946,53 Mk. und eine Ausgabe von 105 170,84 Mk. Unter den 80 695,15 Mk. Ausgaben der Hauptkasse befinden sich 42 134,29 Mk. für Streiks, 1669,75 Mk. für Gemäßregelte, 1785,50 Mk. für Notfälle, 670 Mk. für Sterbefälle, 3600,11 Mk. für Reiseunterstützung, 8617,03 Mk. für Arbeitslosenunterstützung, 7314,25 Mk. für das Verbandsorgan, 1128,55 Mk. für Agitation, 854,05 Mk. für Rechtsschutz, 9758,35 Mk. für Verwaltungskosten, an die Generalkommission 793,54 Mark und an sonstigen Ausgaben 3163,27 Mk.

Bei Besprechung der letzten Statistik wird von mehreren Rednern heftig die Ueberstundenarbeit und die Sonntagsarbeit kritisiert. In der Rahmenbranche haben nach der Statistik von 247 Personen, die sich an der Statistik beteiligten, 184 Personen im Jahre 9462 Ueberstunden und 46 Personen des Sonntags gearbeitet. Ein Redner schildert, daß in Hamburg bei einer Revision seitens der Behörde, um die Sonntagsarbeit im Betriebe zu kontrollieren, die Arbeiter auf den Boden flüchteten.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Frage, ob die Organisation den Anschluß an den Holzarbeiterverband vollziehen soll. Schon vor der Generalversammlung war in den Zahlstellen die Frage ventiliert worden und durch Urabstimmung wurde mit 1019 gegen 368 Stimmen der Anschluß an den Holzarbeiterverband befürwortet. Nach dem Statut hat die Generalversammlung endgültig darüber zu bestimmen. Die Verhandlungen standen ganz unter dem Eindruck, den die Erörterung dieser Frage hervorrief. Besonders bemerkenswert war in der Begrüßungsrede des österreichischen Vertreters, welche Erfahrung man dort mit dem Aufgehen des Bergolderverbandes in den Holzarbeiterverband gemacht hat. Die Verschmelzung ist in Oesterreich im Jahre 1905 vollzogen und der Delegierte, der seinerzeit selbst ein Gegner dieser Verschmelzung war, verteidigt heute die Beschlußfassung als außerordentlich glücklich. Redner bemerkt, daß es für eine kleinere Organisation nichts Besseres gäbe, als den Anschluß an die größere. Die österreichischen Bergolder haben Fortschritte zu verzeichnen, die ohne Anschluß an den Holzarbeiterverband nicht möglich wären. Vor allem war es gelungen, in Böhmen, wo sich eine üble Schmutzkonkurrenz breit machte, mit der Organisation Fuß zu fassen. In Budweis hat die Organisation bald eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne erreicht. Das gleiche sei von Prag zu sagen. Die Arbeitslosenunterstützung sei auf eine sicherere Grundlage gestellt, als es früher in der kleinen Organisation möglich war. Redner resümiert sich dahin, daß der Anschluß an den Holzarbeiterverband gute Früchte getragen habe.

Der Referent, der Vorsitzende des Bergolderverbandes, Heinrich Späthe, bemerkte in der Begründung des Anschlusses an den Holzarbeiterverband, daß seine Sinnesänderung wesentlich nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß eingetreten sei. In Köln ist in der Resolution zur Streikfrage ein Standpunkt eingenommen, der es den kleinen Organisationen schwer macht, umfangreiche Streiks zu führen. Der Standpunkt in der Resolution, daß jede

zahl von 3000 in 74 Zahlstellen auf 5000 in 84 Zahlstellen; außerdem hat der Verband noch an weiteren 4 Orten Vertrauensmänner. Damit seien etwa 70 Prozent — nach anderen Berechnungen jedoch nur 50 Proz. — der Glaser Deutschlands organisiert. Mit großen Schwierigkeiten war die Organisation der Blei- und Kunstglaser verknüpft. Um dieselbe zu fördern, wurden für sie besondere Sektionen gebildet und sind damit auch annehmbare Fortschritte gemacht worden.

Soweit Mittel und Kräfte ausreichen, ist vom Vorstand die Agitation gefördert worden, dagegen wird darüber geklagt, daß an verschiedenen Orten resp. Bezirken nicht genügend oder gar nicht agitiert wurde, trotz wiederholter Anregungen vom Vorstande. Auch die Fluktuation sei noch eine sehr große. Die gewonnenen Mitglieder dem Verbands zu erhalten, sei eine Aufgabe, die unbedingt in der nächsten Zukunft gelöst werden müsse.

Daß der Verband der Glaser leistungsfähig und auch imstande sei, die ihm von den Berufskollegen gestellten Aufgaben zu erfüllen, wird in dem gedruckten Bericht des Vorstandes damit dargetan, daß er sämtliche Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur mit eigenen Mitteln geführt hat. Außer einer ganzen Anzahl Werkstättenstreiks war der Verband an über 40 Orten, davon in verschiedenen wiederholt, in Lohnbewegungen engagiert, die mit wenigen Ausnahmen erfolgreich durchgeführt wurden. Auch zahlreiche von den Arbeitgebern geplante Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse konnten abgewehrt werden. Die Berichterstattung an den Hauptvorstand bei Lohnbewegungen lasse zu wünschen übrig, so daß dieser oft über den Verlauf und das Resultat der Bewegung im Unklaren war.

Eine bedeutende Arbeit sei dem Vorstande durch die Erhebungen des Reichsstatistischen Amtes über die Arbeitslosigkeit erwachsen, erschwert durch die Ortsverwaltungen, welche die Zählkarten trotz wiederholter Mahnung nicht zur rechten Zeit einsenden. Diese Saumseligkeit erkläre sich dadurch, daß unter den Glasern noch nicht das genügende Verständnis für Statistik vorhanden sei. Das habe sich auch bei der Berufsstatistik gezeigt, die im Jahre 1903 herausgegeben wurde. Die Zahl der abgesetzten Exemplare war so gering, daß sich der Vorstand veranlaßt sah, von einer in Aussicht genommenen weiteren Statistik Abstand zu nehmen.

Auf internationalem Gebiete ist mit den Bruderverbänden in Ungarn und der Schweiz ein Gegenseitigkeitsvertrag zustande gekommen. Mit dem österreichischen Verband sind diesbezügliche Verhandlungen eingeleitet; ob ein Vertrag zustande kommt, müsse abgewartet werden.

Das Fachorgan, die „Glaserzeitung“, wird auch von den Mitgliedern des schweizerischen Verbandes gelesen; seine Auflage beträgt 6000 Exemplare (gegen 3750 zur Zeit des letzten Verbandstages). Um das Wissen der agitatorisch tätigen Kollegen zu erweitern, hat der Vorstand denselben verschiedene Broschüren gratis überwiesen.

Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Hauptkasse in der letzten dreijährigen Geschäftsperiode eine Einnahme (einschließlich eines Kassenbortrages von 25 850,87 Mk.) von insgesamt 119 921,97 Mk. hatte. Die Ausgaben betragen 86 879,83 Mk., es war demnach am 1. Januar d. J. noch ein Kassenbestand von 33 042,14 Mk. vorhanden. Die Einnahmen und Ausgaben der Zahlstellen bilanzieren mit 214 654,87 Mk. Unter den Ausgaben sind folgende Posten erwähnenswert: Fachzeitung

19 636 Mk., Arbeitslosenunterstützung 36 423 Mk., Reiseunterstützung 17 878 Mk., Umzugsunterstützung 300 Mk. und Rechtsschutz 1112 Mk. Für Gehälter wurden 6445 Mk. ausgegeben.

Nachdem auch der Ausschuß und die Preßkommission Bericht erstattet, wurde in einer sehr ausgedehnten Diskussion an der Tätigkeit der Verbandsorgane eingehende Kritik geübt. Unter anderem wurde auch sehr lebhaft der Wunsch nach besserer Ausstattung des Fachorgans vertreten und der Vorschlag gemacht, den Redakteur, der auch gleichzeitig Vorsitzender des Verbandes ist, von einem Teil seiner bisherigen Arbeiten zu entlasten, damit er auf den Inhalt der Fachzeitung mehr Sorgfalt verwenden kann. Allgemein war die Ueberzeugung, daß dem Verbands durch Erhöhung der Beiträge mehr Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Diskussion endete damit, daß dem Vorsitzenden und Kassierer für deren Tätigkeit Decharge erteilt wurde.

Hierauf wurde ein Antrag der Filialen Frankfurt a. M. und Offenbach: Uebertritt zum Holzarbeiterverband, beraten. Derselbe wurde damit begründet, daß die Glaser im Holzarbeiterverband mit Hilfe von dessen Einrichtungen eine wirksamere Agitation zur Gewinnung ihrer Kollegen entfalten und demnach auch mehr zur Verbesserung ihrer Lage tun könnten. Von den Gegnern, fast ausschließlich Blankglaser, wurde erwidert, daß es nicht immer die Jugend der letzteren sei, die sie zu Gegnern des Uebertritts mache, sondern die Ueberzeugung, daß damit für die Berufskollegen nichts gewonnen würde. Es sei ja überhaupt noch fraglich, ob die Glaser zum Holzarbeiterverband gehören. Bei den Rahmen Glasern sei allerdings die Berufsverwandtschaft mit den Holzarbeitern vorhanden, dagegen hätten die Blankglaser nichts mit ihnen gemein, diese gehörten noch viel eher zum Metallarbeiterverband. Der Uebertritt zum Holzarbeiterverband wurde mit 35 gegen 9 Stimmen abgelehnt; ebenso wurde es abgelehnt, vor dem nächsten Verbandstag eine Abstimmung darüber stattfinden zu lassen.

Zu einer ausgedehnten Diskussion führte auch der Punkt Agitation und Organisation. Hier wurde darüber geklagt, daß die vom vorigen Verbandstage beschlossene Einteilung des Verbandes in Agitationsbezirke sich nicht überall bewährt hat, was aber darauf zurückzuführen sei, daß die in Frage kommenden Agitationskommissionen ihre Aufgabe nicht erfüllt haben. Dagegen sei wiederum in einigen Bezirken sehr gut gearbeitet worden. Es wurden von den verschiedenen Seiten Anregungen gegeben, wie in Zukunft erfolgreicher agitiert und das Aufklärungswert gefördert werden kann. Mitgeteilt wurde, daß auch bereits ein christlicher Glaserverband gegründet worden sei.

Beim Punkt Maifeier wurde nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Verbandstag erblickt in der Maifeier die würdigste und wirksamste Demonstration des klassenbewußten Proletariates, angetan, die Klassenforderungen der Arbeiterklasse, als da sind: Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung, Einführung eines Maximalarbeitstages auf acht Stunden, Forderung des Weltfriedens, energisch zum Ausdruck zu bringen. Obwohl vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen aufs schärfste bekämpft, nimmt der Verbandstag keine Veranlassung, von einer würdigen, tatkräftigen Durchführung der Maifeier Abstand zu nehmen. Grundbedingung der Maifeier ist die völlige Arbeitsruhe am 1. Mai. Der Verbandstag verpflichtet deshalb die Funktionäre der Organisation, überall da, wo irgend angängig, die Kollegen zur Arbeitsruhe zu veranlassen. Maifeier als Demonstration

Organisation möglichst die Mittel für ihre Kämpfe selbst aufbringen soll, nötigt uns mehr als je, uns einer großen Organisation anzuschließen. Ein Teil der Vergolder gehört bereits dem Holzarbeiterverbande an. Durch die in Mode gekommenen massiven Holzleisten wird in diesen Betrieben die Grenze zwischen den beiden Organisationen immer mehr verwischt, denn die Bearbeitung der Holzleisten wird ebensogut vom Tischler wie vom Vergolder gemacht. Die Berufsangehörigen des Vergoldergewerbes sind in großer Zahl nur in einigen Großstädten vorhanden, weshalb in der Provinz nur kleinere lebensfähige Zahlstellen vorhanden sind. Dagegen würde der Holzarbeiterverband ein treffliches Rückgrat für die Agitation bilden. Nicht selten fehlen uns an den einzelnen Orten geeignete Verwaltungsmitglieder, unsere Kollegen werden leicht gemahregelt und schließlich hängt das ganze Wohlergehen einer Zahlstelle oft von einer Person ab; geht die betreffende Person, so verliert die Zahlstelle an Mitgliedern und büßt an Aktionsfähigkeit ein. Das ist in einer großen Organisation unmöglich. Schwieriger liegt die Sache mit dem Fachblatt, das Eingehen desselben würde gewiß allgemein unter den Kollegen bedauert werden. Zu berücksichtigen ist aber, daß die „Holzarbeiterzeitung“ durch allgemein befehlende Artikel wirkt. Wird der Anschluß vollzogen, so wird auch die „Holzarbeiterzeitung“ den besonderen Ansprüchen der Vergolder Rechnung tragen. Den besonderen Fachfragen können die Vergolder in den Sektionen nachgehen. Es sind auch vom Holzarbeiterverbande für die größeren Branchen Konferenzen einberufen, die dann zur Einführung von Centralkommissionen der einzelnen Branchen führten, um von dort aus die Agitation zu betreiben und die Lage des Berufes zu ermitteln. Gedrängt ist der Vergolderverband nicht zum Uebertritt, denn die Klassenverhältnisse sind keine schlechten, der Holzarbeiterverband ist uns entgegengekommen und will den Uebertritt unter Anrechnung unserer erworbenen Rechte vollziehen. Die Generalversammlung würde auf der Höhe der Zeit stehen, wenn sie erkennt, daß ein Wendepunkt in unserer Organisation eingetreten ist, wir fördern das allgemeine Wohl, wenn wir den Anschluß an den Holzarbeiterverband vollziehen.

Der Korreferent Martin-München glaubt, daß auch der Vergolderverband künftig seine großen Streiks führen könne. Das beweise der Kampf in Berlin im Jahre 1904, der im wesentlichen aus eigener Kraft geführt wurde. Es erscheint fraglich, ob der Holzarbeiterverband bereit wäre, so große Mittel zur Verfügung zu stellen, wie sie der Berliner Streik erforderte. Das Einzwängen der kleinen Verbände in große habe sehr oft einen erheblichen Verlust der Mitglieder herbeigeführt. Der Verbandsvorsitzende habe nach Köln in einseitiger Weise Partei ergriffen, es habe wohl ein Einfluß von Personen des Holzarbeiterverbandes hier mitgewirkt. Es sei kein Fortschritt, wenn die Vergolder als Anhängsel des Holzarbeiterverbandes untertauchen. Vorteile haben wir nicht, denn der Holzarbeiterverband wird uns größere Beiträge bringen ohne höhere Leistungen, wie wir sie jetzt haben. Auf das Fachblatt könne man unter keinen Umständen verzichten, denn es sei ausgeschlossen, daß in der „Holzarbeiterzeitung“ die Interessen der Vergolder aufgenommen werden, wie es bisher in unserem Fachblatt geschah. Reißt Sie nicht das Haus ein, in dem Sie sich bisher wohnlich einrichteten, um in einem anderen Hause als Mieter einzuziehen. Prinzipiell könne man gegen den Zusammenschluß nichts einwenden, aber der Ent-

schluß kommt zu übereilt, man möge mit der Entscheidung noch warten.

In der Diskussion wurde vom Vertreter des Holzarbeiterverbandes, Schneegas, der Anschluß empfohlen und in Aussicht gestellt, daß die Uebertrittsbedingungen so gestaltet werden, daß die alten erworbenen Rechte der Mitglieder im Holzarbeiterverbande in Anrechnung kommen werden.

Die Gegnerschaft beschränkte sich auf nur wenige Mitglieder, besonders wurde von den Delegierten der Züricher Zahlstelle gegen die Verschmelzung Stellung genommen, da in Zürich keine Stimmung für den Anschluß an den Schweizer Holzarbeiterverband vorhanden ist. Denn der Anschluß der Vergolder an den Holzarbeiterverband bedeutet den Anschluß der Züricher. Redner wandte sich besonders gegen die Streikresolution des Kölner Gewerkschafts-Kongresses, die er als eine unglückliche Entscheidung bezeichnete. Die Anhänger der Verschmelzung wiesen auf die Vorteile hin, die eine große Organisation bietet, die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter im Vergoldergewerbe gegen das Kapital werde gesteigert.

In namentlicher Abstimmung wurde hierauf der Anschluß an den Holzarbeiterverband mit 19 gegen 4 Stimmen beschlossen. Der Uebertritt soll am 1. Oktober erfolgen. Nochmals eine Abstimmung vorzunehmen wurde abgelehnt, da man ein anderes Resultat nicht erwarte. Der bisherige Vorsitzende, Heinrich Späthe, wurde einstimmig wiedergewählt und sodann die übrigen Punkte von der Tagesordnung abgesetzt. Bezüglich der Maisfeier bleibt es bei der bisherigen Stellung der Organisation; es sollen Forderungen mit der Maisfeier nicht verknüpft werden, die Kosten wird die Hauptkasse nicht übernehmen.

### Zweiter Verbandstag des Verbandes der Wäschebranche.

Berlin, 15. bis 17. April 1906.

In Anwesenheit von 22 Delegierten, zwei Vertretern des Vorstandes, der Revisoren und einer Vertreterin des Arbeiterinnen-Comités fanden die Verhandlungen im Berliner Gewerkschaftshause statt. Aus dem gedruckten vorliegenden Bericht des Vorstandes, der den Zeitraum vom 1. April 1904 bis 31. Dezember 1905 umfaßt, ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1905 etwa 6500 betrug, von denen 93 Proz. weibliche sind. Ende 1904 zählte der Verband noch nicht 1000 Mitglieder, und ist die bedeutende Zunahme im wesentlichen der im vorigen Jahre vom Verband eingeleiteten Tarifbewegung und den günstig verlaufenen Streiks in Berlin und Bielefeld zuzuschreiben, an denen insgesamt etwa 7000 bis 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren.

Zu den 1904 vorhandenen fünf Filialen sind neu hinzugekommen: Aue, Chemnitz, Cottbus, Bremen, Neuenhagen, Derlinghausen und Weisensee, so daß zurzeit der Verband sich auf 12 Orte erstreckt.

Nach dem Kassenbericht hatte der Verband in den 1 1/2 Jahren vom 1. April 1904 bis 31. Dezember 1905 eine Gesamteinnahme von 96 560,71 Mk., einschließlich des übernommenen Kassenbestandes im Betrage von 4537,19 Mk. und aufgenommenen Darlehen im Betrage von 59 000 Mk. An Beiträgen gingen bei der Hauptkasse ein: 80 Proz. von Filialen, 14 154,40 Mk., und von Einzelmitgliedern 41,05 Mk. Die übrigen Einnahmen setzen sich zusammen aus Abonnements- und Inseratengeldern, Zinsen und Sonstiges im Betrage von 330,32 Mk., sowie zur Streikunterstützung gesammelte Gelder im Gesamt-

betrage von 18 497,75 Mk., darunter von den Vorständen der Centralverbände 8225 Mk.

Die Gesamtausgaben betragen 89,282,16 Mk. Davon entfallen auf Streikunterstützung 76 496 Mk., Krankenunterstützung 2079,63 Mk., Gemahregelunterstützung 27 Mk., Rechtsschutz 497,53 Mk., Agitation 2128,71 Mk., Verbandsorgan 2552,23 Mk., Verwaltung 4999,47 Mk.

Der gedruckt vorliegende Kassenbericht erstreckt sich nur auf die Hauptkasse. Nach der vom Kassierer dazu gegebenen Ergänzung sind für Streits insgesamt 85 892,04 Mk. verausgabt und die Differenz aus den Kassen der Filialen gezahlt worden. Der am Schlusse des Jahres vorhandene Kassenbestand beträgt in der Hauptkasse 7278,55 Mk. und in den Filialen 890,10 Mk.

Der Vorstands- und Kassenbericht gab zu Ausstellungen wenig Anlaß; der Vorstand wurde jedoch beauftragt, Vorkehrungen zu treffen, daß in Zukunft übersichtlichere Abrechnungen gegeben werden können.

In den von den Delegierten gegebenen Berichten wird verschiedentlich darüber Klage geführt, daß der Verband der Schneider der Entwicklung des Verbandes entgegenstehe und daß auch der Fabrikarbeiterverband Wäschearbeiterinnen aufnehme.

Dem Referat des Vorsitzenden über „Agitation und unsere Tarifbewegung“ folgt eine sehr ausgedehnte Diskussion, nach deren Schluß folgende Anträge in namentlicher Abstimmung angenommen werden:

„Der Centralvorstand wird beauftragt, je nach Bedarf Gauleiter anzustellen.“

Für Bielefeld und Umgegend ist ein Bezirksleiter anzustellen.

In Berlin ist der Kassierer als Geschäftsleiter anzustellen, der die Kassengeschäfte und die Leitung der Filiale zu übernehmen hat.

Die Anzustellenden dürfen keine Geschäftsinhaber sein.“

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: „Die Heimarbeiter in unserem Beruf“ wurde nachstehende Resolution beschlossen:

„Die in unserem Berufe so umfangreiche Heimarbeit bewirkt in erster Linie eine immer weitere Kürzung der Saison sowie einen fortwährenden Lohndruck für Fabrik- und Heimarbeiter. Der Verbandstag sieht als dringendste Aufgabe an, die Heimarbeiterinnen aufzuklären und für die Organisation zu gewinnen, um endlich dem ein Ziel zu setzen, daß die Heimarbeiter von den Unternehmern gegen die Fabrikarbeiter ausgespielt werden.“

Dem hierauf erstatteten Bericht über den letzten Gewerkschaftskongreß folgte eine kurze Debatte, in der es sich hauptsächlich um das Verhältnis des Wäschearbeiterverbandes zum Verband der Schneider drehte. Von einem Vertreter der Filiale Bielefeld wurde der Generalkommission der Vorwurf gemacht, daß sie den Beschluß des Gewerkschaftskongresses, eine Vereinigung der beiden Verbände einzuleiten, nicht zur Ausführung gebracht habe. Dieser Vorwurf ist auf ungenügende Information des Delegierten zurückzuführen.

Nun folgte die Beratung von Anträgen, die sich auf den Ausbau des Unterstützungswesens beziehen. Beschlossen wurde, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 40 Pf., für weibliche auf 20 Pf. pro Woche zu erhöhen. — Die Krankenunterstützung, welche bisher 5 Mk. für männliche, 3,50 Mk. für weibliche Mitglieder betrug, wurde auf 7 bzw. 4,50 Mk. erhöht. — Ein von der Filiale Berlin eingebrachter Antrag auf Einführung eines Sterbegeldes

wurde abgelehnt. — Der Vorstand wurde beauftragt, Ermittlungen zum Zweck der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung anzustellen, und zwar so, daß der nächste Verbandstag über die Frage der Arbeitslosenunterstützung eine Entscheidung treffen kann. — Ferner wurde beschlossen, das Verbandsorgan in größerem Format erscheinen zu lassen, sowie eine Preßkommission einzusetzen.

Den örtlichen Verwaltungsstellen sollen 25 Proz. der Beiträge verbleiben (bisher 20 Proz.). — Die neuen Bestimmungen treten mit dem 1. Juli 1906 in Kraft.

Das Jahresgehalt des Vorstandsvorsitzenden wurde auf 2000 Mk., das der Gauleiter auf 1800 Mk. festgesetzt. Außerdem wird für die Angestellten die Hälfte der Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung sowie zur Unterstützungs-Vereinigung gezahlt.

Als Vorstandsvorsitzender wurde Keller-Berlin wiedergewählt. Der bisherige Kassierer Eue lehnte eine Wiederwahl ab; an seiner Stelle wurde Vock-Berlin gewählt. Als Sitz des Ausschusses wurde Bielefeld bestimmt und Büscher-Bielefeld als Vorsitzender des Ausschusses gewählt. — Der nächste Verbandstag findet Ostern 1908 statt.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Streiks und Aussperrungen.

Ausgesperrt sind bis jetzt die Metallarbeiter in Hannover, Braunschweig, Breslau, Kreishauptmannschaft Dresden, in Berlin ein Teil der Schlosser.

Der Streik der Hamburger und Bremer Seeleute dauert fort. Trotz der vielen Manipulationen der Rheder bleiben die Seeleute in ihrer Haltung fest.

Die Damenschneider in Hamburg haben die Arbeit eingestellt.

Der Bergarbeiterausstand in Mitteldeutschland (Zeitz) dauert unverändert fort. Bereits fünf Wochen sind seit dem Beginn des Ausstandes verfloßen; in einzelnen Bergwerken beginnt schon das Grundwasser durchzubrechen, so daß die Gruben in Gefahr kommen, zu ersaufen, eine Grube brennt — aber die Braunkohlenmagnaten spielen noch immer die wilden Männer, denen das Wohl und Wehe der Arbeiter vollkommen gleichgültig ist.

## Polizei und Justiz.

### Eine Säbelmezelei in Breslau.

Es ist bekannt, daß Breslau einer der Hauptummelplätze der herrschenden Klassen ist, mit Hilfe von Polizei und Justiz die Arbeiterbewegung gewaltsam zu hemmen. In neuester Zeit hatten sich die Scharfmacher aller Grade den „roten Sonntag“ für ihre sauberen Pläne auserkoren. Als nun die Arbeiter, gestützt auf ihre Disziplin, dieses Beginnen zunichte machten, und das auf höhere Anweisung postierte Schutzmannsaufgebot und Militär von 6000 Menschen keine blutige Arbeit zu verrichten hatte, da mußte eine andere Gelegenheit gesucht werden. Man fand diese, nachdem auch der 18. März wirkungslos verpuffte.

150—160 Former und Gießereiarbeiter hatten kürzlich bescheidene Lohnforderungen gestellt und waren in den Streik getreten. Der Verband schlesischer Metallindustrieller stempelte diese Lohnbewe-